

Faltblatt zum Verteilen:

Standpunkt 3 „Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen“



Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Alwine Schreiber-Martens den Vorschlag des „Ressourcen-gestützten Grundeinkommens“, das einerseits bei rückgängiger Erwerbsarbeit andere Einkommensquellen erschließt und andererseits eine gleiche Teilhabe aller Menschen an Boden und natürlichen Ressourcen ermöglicht – bei gleichzeitiger Schonung derselben.

vier DIN A4-Seiten, schwarz-weiß, Einzelpreis: 0.50 €, 10 Stück inkl. Porto: 4 €

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes Ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas angenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass er nur ein Appetithäppchen liefern kann.

Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Das Buch basiert auf dem 1989 im Eigenverlag veröffentlichten Titel „Zinswahnsinn“. Es wurde komplett überarbeitet, erweitert und durch neue Fakten und Grafiken ergänzt.



Signum Verlag 2006, 180 Seiten, 11 Grafiken, 19.90 €

Hörbuch von Helmut Creutz:

Die 29 Irrtümer rund ums Geld



Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im „richtigen Leben“ ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses „Geld“? Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Hörbuch behandelt werden.

8 Audio-CDs + 1 Bonus-CD im MP3-Format + 64-seitiges Booklet mit ausführlichen Grafiken und Tabellen, Laufzeit ca. 9:15 Std., Technisat RADIOROPA Hörbuch 2006, 19.90 €

Bio-T-Shirt für Frauen



Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter Baumwolle. Beidseitig bedruckt – vorne mit „70% WOLLE / 30% ZINS“, hinten mit „www.INWO.de“. Die T-Shirts für Frauen sind speziell geschnitten und in den Farben Dunkelblau, Rot, Schwarz und den Größen S, M sowie L erhältlich.

11 €

Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!

Euro 4,50 • sFr 3,-

Nr. 2 Juni 2007

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



Stoppt den Ausverkauf der Bahn
Die Bahn ist öffentliches Gut!
www.bahn-fuer-alle.de

Für mehr Demokratie, Klimaschutz und Wohlstand!

- Privatisierung durch die Hintertür: Bahn unterm Hammer
- Die neue Kultur der erneuerbaren Energien
- Kapitalismus – einer, viele oder keiner?

Der Aufschwung ist da! Oder doch nicht?

Liebe Leserinnen und Leser,

Bundeswirtschaftsminister Glos sieht Deutschland auf einem robusten Wachstumspfad und prognostiziert für dieses



Jahr ein Wachstum von 2,7%. Er meint, der Aufschwung sei sogar noch stärker als gemeinhin angenommen. Na, wenn das kein Grund zur Freude ist! Dann wollen wir in unserer Zeitschrift auch keine düsteren Prognosen stellen. Zu-

mal ja, wer am Kapitalismus zweifelt, jetzt in den Zeiten des G8-Gipfels, sich höchst verdächtig macht.

Also, die Wirtschaft boomt, die Aktienkurse, Börsengewinne und Steuereinnahmen steigen und die offiziellen Arbeitslosenzahlen sinken. Da schreckt auch die von der europäischen Zentralbank angekündigte Erhöhung der Leitzinsen niemand mehr auf. Das hört sich dann so an: „Wegen der sprudelnden Steuerquellen muss sich der Bund in Zukunft nicht mehr verschulden.“ Was heißt das im Klartext? Nichts anderes als, dass zwar die Zinslast weiter bestehen bleiben wird, der Staat aber hofft, bis in drei Jahren ohne jährliche Neuverschuldung die Zinsen für die alten Schulden zahlen zu können.

Das verdanken wir auch dem guten Ruf des „Made in Germany“, schließlich sind wir Export-Weltmeister und selbst der starke Euro konnte uns bis jetzt nichts

anhaben. Aber: Volkswirte einiger Banken warnen bereits vor einer Wachstumsbremse in diesem Sektor. Denn leider hat selbst der stürmischste Export seine Grenze: Die Kaufkraft des Auslandes leidet darunter, dass der Überschuss aus dem Warenverkehr sich mehr und mehr auf deutscher Seite häuft. Nur wenn wir unseren Markt auch für die Güter aus anderen Ländern öffnen, können unsere Handelspartner, vornehmlich aus den Entwicklungsländern, genügend Devisen erwirtschaften, um hierzulande auch einzukaufen. Fairer Handel funktioniert auf Dauer nur auf Gegenseitigkeit.

Die breite Bewegung der G8-Gegner kritisiert die undemokratische herrschende Politik der Industrienationen, die weltweit den Ausverkauf der öffentlichen Güter betreibt. Gefordert wird stattdessen eine solidarische Ökonomie für den ganzen Globus, die auch dem Klimaschutz Rechnung trägt. Es ist schon richtig, gewaltfrei demonstrierend Druck auf die Gipfelteilnehmer zu machen, jedoch ohne konkret aufzuzeigen, was eigentlich geändert werden soll, fehlt vielen Menschen noch die Überzeugung. Die FAIRCONOMY wäre eine Alternative. Noch kennen und verstehen sie zu wenige. Das wollen wir ändern.

Eine angenehme Ferienlektüre in schöner Sommerzeit wünscht

für Ihr Redaktionsteam
Wera Wendnagel

Inhalt

- 3 Bahn unterm Hammer
- 5 Die zweite Aufklärung – zur Kultur der erneuerbaren Energien
- 7 Klimaschutz durch motivierte Bürger
- 8 Fit statt fett?
- 9 Pressespiegel und Termine
- 10 INWO Deutschland
- 13 INWO Schweiz
- 15 Solidarische Ökonomie – Welche Bedeutung hat der Zins?
- 18 Kapitalismus – einer, viele oder keiner?
- 21 Geld-„Raumschiff“ in Österreich & Regiogeld-DVD
- 22 Buchvorstellung: „Angstblüte“ und „Die Münze Nuria“

Impressum

FAIRCONOMY 3. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2007, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bockting, Jens Hakenes, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; davon 1.500 als „r-evolution“ (INWO-CH)

Bildnachweis

Titelseite: Bahn für alle/attac, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 4: Bahn für alle/attac, 5: wikipedia, 6: wikipedia/Christian Wagner, 12: Helmut Rau, 14: wikipedia/Bagradian, 16: Helmut Creutz, 20: wikipedia/Jonathan McIntosh, wikipedia/Sebastian Bertalan.

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingensfuß GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO Deutschland e.V., Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: +49 211 304105, E-Mail: INWO@INWO.de, http://www.INWO.de, Konto 6010451400, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (43060967)

Die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Bahn unterm Hammer

Das „Unternehmen Zukunft“ plant den Börsengang. Um die dafür nötige Gewinnzone zu erreichen, hat die Bahn einen Auto- und Flugzeugmanager verpflichtet, den erfolgreichen Interregio abgeschafft, ein Preissystem mit Buchungszwang erfolglos getestet sowie zahlreiche Strecken und Mitarbeiter stillgelegt. Geht es vielleicht auch anders?

Für das seit dem 2. Weltkrieg angehäuften Kapital wird es zunehmend schwieriger, geeignete Anlagemöglichkeiten zu finden, zumal die Geld-Elite schamlos immer höhere Renditen fordert. Die Deutsche Bank beispielsweise hat für das erste Quartal 2007 eine Rendite von 41 Prozent gemeldet und damit den Druck auf die Konkurrenz der börsennotierten Unternehmen erhöht. Die exponentielle Vermehrung der Vermögen scheitert in der Praxis an den bereits vor 35 Jahren vom Club of Rome erkannten ökologischen Grenzen des Wachstums. Dennoch wird weiter nach geeigneten Großprojekten gesucht, wobei riesige Staatsunternehmen wie die Bahn gerade recht kommen.

Rendite für wenige statt Angebote für alle

Als Folge des immer verzweifelter nach neuen Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals erleben wir einen ungeheuren Druck auf die Politik, um auch die letzten Lebensbereiche des Menschen zu kommerzialisieren und zu privatisieren. Nach der Telekom und der Post soll nun auch die Deutsche Bahn an die Börse gebracht werden – als letztes großes Filetstück der staatlichen Daseinsvorsorge in Deutschland. Das fast 140 Jahre alte Konzept der Bahn als öffentliches Unternehmen, welches aus den ursprünglichen Privatbahnen hervorging, soll damit beendet werden. Die Bahn wird dann nicht länger die Grundversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit staatlichen Beförderungsleistungen sicherstellen, sondern nur noch der Erwirtschaftung von Kapitalrendite dienen. Ganz zu schweigen vom schon vor langer Zeit geplanten Beitrag der Bahn zur Lösung der Verkehrs- und Klimaproblematik.

Mit der 1994 begonnenen Bahnreform sollte das Unternehmen Deutsche Bahn für den Börsengang fit gemacht werden. Aber das Hauptziel, nämlich mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, wurde dabei verfehlt. Es ist zweifelsfrei erwiesen, dass Bahnfahren die umweltfreundlichste Art der Fortbewegung ist, wenn man Gehen, Radfahren oder Schwimmen ausklammert. Aber wenn die Bahnreform und die beabsichtigte Privatisierung nicht zu einer Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene führen, dann liegt das erhebliche Potential der Bahn für eine umwelt- und klimafreundliche Verkehrspolitik zwangsweise brach.

Der geplante Börsengang der Bahn zeigt jedoch nicht nur das Dilemma unseres Wirtschafts- und Währungssystems, den Verfall der öffentlichen Daseinsfürsorge und den Verzicht auf eine nachhaltige Umwelt- und Verkehrspolitik auf, sondern auch ein Demokratiedefizit. Darauf hat Mitte März Hermann Scheer, Mitglied von Eurosolar und Träger des alternativen Nobelpreises, bei der Tagung „Die Bahn ist keine Ware“ hingewiesen. In einer Diskussion im Anschluss an die Premiere des Dokumentarfilms „Bahn unterm Hammer“ (siehe Kasten) erläuterte der Bundestagsabgeordnete in einem flammenden Appell die skandalöse Tatsache, dass im Parlament nicht ausführlich darüber debattiert und abge-



stimmt wurde, ob und warum die Bahnprivatisierung überhaupt sinnvoll oder gar notwendig ist. Stattdessen wurde sie nach Vorgaben von Lobbyisten einfach festgeschrieben. Die Abgeordneten sollen nun lediglich darüber entscheiden, welches in Einzelheiten abweichende Modell der Bahnprivatisierung sie bevorzugen. Nach seiner Ansicht hat eine große Anzahl von Abgeordneten erhebliche Bedenken gegen die Bahnprivatisierung. Aber nur eine kleine Minderheit traue sich wirklich, nach ihrer wahren Überzeugung abzustimmen und damit gegen die von oben vorgegebene Parteidisziplin und den herrschenden Fraktionszwang zu verstoßen.

Mehr Demokratie statt Gefährdung der Grundrechte

Es wäre ein folgenschwerer Verzicht auf die Ausübung demokratischer Grundrechte, wenn man eine solche Weichenstellung in der Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik allein Lobbyisten und mehr oder weniger machtlosen

Abgeordneten überlässt und keine öffentliche Debatte darüber führt. Stattdessen sollte mit Anfragen, Briefen, E-Mails oder Einladungen zu Diskussionen und Filmvorführungen (siehe Kasten) Druck auf die Abgeordneten ausgeübt werden. Denn offensichtlich zeigt das System der parlamentarischen Demokratie erhebliche Schwächen und gefährdet sich zunehmend selbst. Die Bürger geben nur alle

vier Jahre ihre Stimme ab und überlassen den Rest den Politikern. Die Lobbyisten aus der Wirtschaft dagegen ruhen nicht vier Jahre, sondern stellen unaufhörlich neue Reformforderungen an die Politik: mehr Arbeit für weniger Geld, Abbau des Sozialstaates und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn man sich diesem Trend nicht entgegenstellt und gleichzeitig Alternativen aufzeigt, dann wird das so weitergehen, bis es richtig wehtut.

Es ist sehr wichtig, die theoretischen Zusammenhänge dieser zunehmend destruktiven Wirtschaftsweise zu untersuchen, nachhaltige Alternativen zu entwickeln und die Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen – genau das, was die INWO tut.

Allerdings sollte man dabei auch vor den unmittelbaren Bedrohungen praktischer Art nicht die Augen verschließen, sondern sich mutig dagegen wehren. Schließlich richtet die derzeitige Wirtschaftsweise erhebliche, zum Teil irreparable Schäden an der Umwelt an, und hat nachzeitigem Kenntnisstand auch dramatische Auswirkungen auf das Weltklima. Neben einem unwiederbringlichen Verlust an vielen Tier- und Pflanzenarten entstehen zahlreiche weitere Probleme, die uns möglicherweise auch dann noch jahrzehntelang quälen werden, wenn es eines Tages gelun-

gen sein wird, die zerstörerischen Mechanismen des Geldsystems zu beseitigen und eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu errichten.

Ulf Blendow

Die INWO will gemeinsam mit anderen Organisationen für eine öffentliche Debatte über den geplanten Ausverkauf der Bahn sorgen und ein ganz praktisches Beispiel für die Folgen unseres Wirtschafts- und Währungssystems vorstellen. Deshalb rufen wir alle Mitglieder, vor allem unsere Regionalgruppen und Ansprechpartner, auf, Vorführungen des Films „Bahn unterm Hammer – Unternehmen Zukunft oder Crash-Fahrt auf den Prellbock?“ zu organisieren.

Die INWO bietet dazu ein kostenloses Aktionspaket mit Film-DVD, Veranstaltungshandbuch und Material zum Auslegen und Verteilen an. Das Paket kann bei unserem Versand bestellt werden:

INWO Versand
Telefon: +49 9502 924740
Fax: +49 9502 924810
E-Mail: Versand@INWO.de

Bündnis Bahn für Alle

Die INWO unterstützt das Aktionsbündnis „Bahn für Alle“, dem attac, die Initiative „Bahn von unten“, der BUND, der Arbeitskreis „Bürgerbahn statt Börsenbahn“, die Naturfreunde Deutschlands, Robin Wood, der Umkehr e.V., der VCD Landesverband Brandenburg, der Grüne Jugend Bundesverband, EUROSOLAR und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di angehören.



Protest gegen Privatisierung und Preiserhöhung in Hamburg



34.000 unterschreiben dagegen, auch SPD-Bundestagsabgeordneter Hermann Scheer

Der mutige, durch Spenden finanzierte Dokumentarfilm „Bahn unterm Hammer“ zeigt die zwei Gesichter der Bahn: glitzernde Bahnhofswelten mit Erste-Klasse-Service einerseits, verfallene Gleisanlagen, verlassene Bahnhöfe, gadenlos überfüllte Züge und neuwertige Waggons vor der Schrottpresse andererseits.

Vor der Kamera sprechen Bürgermeister und Unternehmer, deren Kommunen und Firmen bereits von der Schiene abgehängt worden sind. Der triste Alltag im privatisierten britischen Schienenverkehr wird beschrieben – und als Alternative eine gut durchdachte, funktionierende und kundenfreundliche Staatsbahn in der Schweiz.

In knapp 70 Minuten zeigen die Filmemacher Leslie Franke und Herdolor Lorenz, wie die Bahn bereits seit Jahren auf Privatisierungskurs gesteuert wird und welche fatalen Folgen dies für die Kunden hat.

Nähere Informationen zu den neuesten Entwicklungen im Privatisierungsdrama und über den Film selbst gibt es im Internet und bei attac:

<http://www.bahn-unterm-hammer.de>
<http://www.deinebahn.de>

Bündnis „Bahn für alle“/attac
Telefon: +49 69 90028140



Die zweite Aufklärung – zur Kultur der erneuerbaren Energien

Das bedeutsamste Projekt der Neuzeit war die Aufklärung. Ihr verdanken wir den gewaltenteiligen Verfassungsstaat mit der Garantie der Grundrechte. Doch die Aufklärung ist unvollendet. Neben der Geldordnung gehört die Energieversorgung zu den entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts. Neben der moneitären brauchen wir eine solare Aufklärung.

Wahrheit im Denken und Humanität sind die Kernanliegen der Aufklärung, doch um beides muss immer gerungen werden. So sprach auch der unlängst verstorbene Carl Friedrich von Weizsäcker von der Aufklärung als unvollendetem Kulturprojekt. Sie ist unvollendet, weil ihre tragenden Grundsätze im Laufe des 19. Jahrhunderts verlassen wurden. Die Humanität wurde durch anthropozentrisch-nationalistisches Denken verdrängt. Und während das Fortschrittsdenken der ersten Aufklärung stets an der Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Erdenmenschen orientiert war, trat nach und nach das bloß Machbare in den Vordergrund, weil es machbar war.

Ist Vernunft lehrbar?

Hartmut von Hentig sagte 1984 in einem Vortrag zum Thema „Ist Vernunft lehrbar?“: „Nach Auschwitz, Hiroshima, Contergan, Seveso sind wir skeptisch.“ Zwei Jahre danach passierte Tschernobyl. Und bis heute können die ältesten Glaubensideologien mit den modernsten Waffen ihre heiligen Kriege führen. Erfahrung macht skeptisch, Handeln dagegen braucht Zuversicht. Darum, fordert von Hentig, „sollten wir den Mut haben, ‚Aufklärung‘ aus der heutigen geschichtlichen Lage heraus neu zu bestimmen“, und plädiert für eine „Neue Aufklärung“, die sich aus der Vergewisserung der tragenden Grundsätze der ersten Aufklärung ergeben kann.

Vom „Licht der Vernunft“ erwarteten die Menschen eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch das Erkennen von Abhängigkeiten, von Unterdrückung und Ausbeutung, die

Beseitigung von Unwissenheit, Vorurteilen und Wahn. Kernmetapher wurde die Sonne.

Es gehört nun zu den großen Paradoxien der Neuzeit, dass die Sonne zur Kernmetapher für die kulturelle Bewegung eines ganzen Zeitalters „aufstieg“, während sich ein radikal geozentrisches Energiesystem entwickelte, in dessen Verlauf sich in der industriellen Revolution die Luft über Städten und Regionen durch die rauchenden Schornsteine in wachsendem Maße verdunkelte. Rauchende Schornsteine wurden zu Symbolen des Fortschritts. Im Laufe von zwei Jahrhunderten verursachte das fossile Energiesystem die größten Umweltschäden der ganzen Weltwirtschaftsgeschichte.

Alle Landschafts- und Naturschutzbewegungen sind Reaktionen auf diese Entwicklung. Sie hoben die Folgen des Verbrauchs fossiler Energie ins Bewusstsein, die die Strahlkraft der Fortschrittsidee zunehmend verdunkelten. Der Chemie-Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald beklagte bereits Anfang des 20. Jahrhunderts die „Barbarei der Energiefresserei“ und entwarf ein System zukünftiger solarer Energieversorgung.

Der Energetische Imperativ

Im Zentrum der zweiten Aufklärung steht der Energetische Imperativ, wie ihn Ostwald bereits 1912 in „Die energetischen Grund-



Von rauchenden Schloten, den einstigen Symbolen des Fortschritts...

lagen der Kulturwissenschaft“ formulierte: „Verbrauche keine Energie, nutze (verwertere) sie!“ Seine Bedeutung ist fundamentaler als Kants Kategorischer Imperativ. Dahinter steht die Einsicht, dass die Naturgesetze aller Ethik, allen Marktgesetzen, aller Kultur vorgeordnet sind, weil sie die Bedingungen unserer Existenz festlegen. Diese Erkenntnis muss darum fundamentaler Bestandteil aller Ethik werden. Somit ist die Art der Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung das Schlüsselproblem des 21. Jahrhunderts.

Die solare Aufklärung

Die zweite Aufklärung kann auch als ökologische oder solare Aufklärung bezeichnet werden, deren bedeutendster und erfolgreichster Initiator und Gestalter Hermann Scheer ist. Kopernikus hat ein Weltbildsystem erschüttert, das zugleich die ideologische Grundlage für ein zentralistisches Macht- und Herrschaftssystem bildete. Es reagierte dar-



... hin zu dezentralen und nachhaltigen Energiesystemen!

auf, indem es die kopernikanische Lehre für „absurd“ und „ketzerisch“ erklärte und ihre Vertreter verfolgte.

Hermann Scheer, der „Anwalt der Sonne“, hat die Aufklärungsmetapher sozusagen vom Kopf auf die energetischen Füße gestellt und ist damit dem ptolemäischen zentralistischen Energie-Herrschaftssystem kräftig auf die leitungslangen Füße getreten. Es reagierte zunächst mit Ignoranz; dann erklärte es die Vollversorgung durch erneuerbare Energien für absurd. Wegen der drohenden regenerativ erzeugten Strommengen außerhalb seines Machtbereichs versuchte es, rechtlich gegen deren Förderer vorzugehen. Aber der aufgeklärte Rechtsstaat blieb Sieger.

Seitdem verbreitet sich die kopernikanische Energieketzerei unaufhaltsam, muss aber mit immer raffinierteren Abwehrmaßnahmen der alten ptolemäischen Energiekonzerne rechnen, die z.B. zu hohe Durchleitungsgebühren für regenerativ erzeugten Strom verlangen oder Etikettenschwindel betreiben, indem sie ihre Wasserkraftanteile durch einen Buchungstrick auslagern und für erhöhten Preis als „sauberen Strom“ verkaufen, aber denselben fossil-atomaren Mix liefern. Hier ist solare Aufklärung gefragt.

Revolutionärer Umlauf

Die Erde hat nur eine einzige und – für menschliche Maßstäbe – unerschöpfliche Energiequelle: die Sonne. In der Atombranche galt dagegen die Maxime: Wir müssen so viel Kraftwerkskapazität bereitstellen, als ob es die Sonne gar nicht gäbe. Die fossil-atomaren Akteure sind sozusagen die konsequentesten und allerletzten Ptolemäer, die alles aus der erschöpflichen Erde holen und dabei ungeheure Umweltbelastungen verursachen. Die kopernikanische Energie-Wende, die dem alten ptolemäischen fossil-atomaren Energie-

system bevorsteht, kommt einer Energie-revolution gleich, die größere Ausmaße hat als die Erschütterung des ptolemäischen Weltbildes zu Beginn der Neuzeit.

Der Begriff „Revolution“ hatte bei Kopernikus die Bedeutung von „Umlauf“, als neu erkannte Bewegung der Erde (und

aller Planeten) um die Sonne. Bei der kopernikanischen Wende im Energiebereich geht es ebenso um einen alles revolutionierenden anderen „Umlauf“, einen Energie-Umlauf, der aus regenerativen Quellen stammt, die dezentral über die ganze Erde verbreitet sind und den jeweiligen regionalen Bedürfnissen entsprechen.

Damit ist zugleich der größte Entmachtungsprozess der „Weltmacht Energie“ verbunden, weil immer mehr aufgeklärte Bürger selbst regenerativen Strom erzeugen oder entsprechende Anbieter nutzen.

Die Akteure des alten Systems schauen nicht tatenlos zu. Nachdem sie die Ausbreitung der erneuerbaren Energien durch gerichtliche Mittel nicht verhindern konnten, sind sie selber in die Entwicklung eingestiegen, um sie konzernverträglich zu kanalisieren. Auch der Absolutismus überlebte dort am längsten, wo er als Akteur der Aufklärung auftreten konnte. Man gibt sich gern „modern“. Aber wie glaubwürdig ist es, wenn nun propagiert wird, was man eigentlich verhindern wollte?

Wenn aus Energie-Ptolemäern wirklich Kopernikaner werden, dann ist es mit dem zentralistischen Absolutismus endgültig vorbei. Denn natürlich wäre es absolut kontraproduktiv im eigentlichen Wortsinn, wenn die Verschwendungsstrukturen des alten zentralistischen Energiesystems nun mit erneuerbaren Energien bedient würden.

Nutzen statt verbrauchen

„Aufklärung hat etwas mit der richtigen Bezeichnung der Sache zu tun“, sagte von Hentig. Etwas „nutzen“ ist das Gegenteil von „verbrauchen“. Verbrauchen ist ein Aufbrauchen und was verbraucht ist, ist dann endgültig weg. Nutzen kann man dagegen nur, was ohnehin auf Dauer vorhanden ist. Man sollte daher nicht von einer „Nutzung“ der Atomenergie reden, weil die Atomtechnik

eine Verbrauchstechnik ist, wie überhaupt das gegenwärtige Energiesystem ein reines Verbrauchssystem ist. Sonne und Wind kann man nicht verbrauchen, man kann sie nur verschwenden, indem man sie nicht nutzt.

Verschwendung kann nicht als Wohlstand definiert werden, weil sie die größte Bedrohung des Wohlstands ist. Wo Lampen brennen und Heizungen laufen, ohne dass sich dort jemand aufhält, liegt kein Bedarf vor, wohl aber Verschwendung.

Wohlstand ist das, was übrig bleibt, wenn alle Verschwendung davon abgezogen wird. Wenn es also um die Erhaltung von Wohlstand geht, ist das säuerliche Wort „Verzicht“ nicht angemessen. Verzicht liegt erst vor, wenn jemand freiwillig seinen Bedarf einschränkt. Den echten Wohlstandsbedarf zu ermitteln, ist eine weitere Aufgabe der zweiten Aufklärung.

Energiewende als Kulturprojekt

Der Fortschritt der zweiten Aufklärung hängt von dem einsichtigen Willen der Menschen ab, ihrer Vernunft etwas zuzutrauen und zu wissen, dass es ohne dieses Willen keinen echten Fortschritt im Sinne der Aufklärung geben kann. Aber dass dieser Fortschritt stattfindet, lässt sich schon anhand der immer effizienteren solaren Energieumwandlungstechniken nachweisen, die zugleich immer billiger werden. Hier ist die Zukunft wirklich offen und ein – zwar kritischer – Optimismus angebracht.

Die zweite Aufklärung verspricht nicht das Paradies auf Erden, wohl aber ein Fort-Schreiten zu besseren Verhältnissen. Und „Fortschritt muss – wie zur Zeit der Aufklärung die Kultur, die Künste und Wissenschaften – wieder an den Zügel der Vernunft genommen werden“ (von Hentig). Bezogen auf unsere heutige Situation heißt das, dass die Durchsetzung der Energiewende wie einst die Aufklärung ein umfassendes Kulturprojekt ist, das von Wissenschaftlern, Technikern, Politikern, Juristen, Architekten, Mediziner, Landwirten, Pädagogen, Journalisten, Künstlern, Religionsvertretern, privaten und öffentlichen Energienachfragern getragen und weiter vorwärts getrieben werden muss. Es gibt nichts Vernünftigeres, nicht Fortschrittlicheres.



Friedhelm Bütow ist Lehrer an Beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg und schreibt über kulturhistorische und politische Themen.

Klimaschutz durch motivierte Bürger

Die internationale Klimaforschung geht davon aus, dass die von Menschen verursachten Treibhausgase mit großer Wahrscheinlichkeit für den größten Teil der Klimaänderung verantwortlich sind. Wie werden wir Menschen in die Lage versetzt, uns klimafreundlich zu verhalten?

Meine Heimat, das Münsterland, als Weinanbaugebiet? Statt ins hiesige Freibad (aus Finanznot geschlossen) gleich an den niederländischen Strand, der etliche Kilometer näher herangerückt ist? Der Klimawandel macht's möglich! Leider dürften jedoch die Nachteile die Vorteile stark überwiegen, was auch der im Auftrag der Vereinten Nationen erarbeitete neue Bericht des Internationalen Wissenschaftsrats zum Klimawandel (IPCC) deutlich macht.

Der IPCC fordert konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz. Die Bundesregierung setzt auf „technologische Lösungen für die wachsenden Volkswirtschaften unserer Erde“ und will für die Forschung 255 Millionen Euro bereitstellen. Positiver Neben(?)effekt: „Damit öffnen wir auch neue Märkte für unsere Wirtschaft.“

Doch der IPCC fordert ebenso ein klimabewusstes Verhalten der Menschen. Auf diesem Gebiet bräuchten Bürger viel mehr Unterstützung von Seiten der Politik. Auch in der Wissenschaft beschäftigen sich leider nur wenige mit Veränderungen in Lebensstil und Verhaltensmustern und damit, welche gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um solche Veränderungen überhaupt zu ermöglichen. Einer von ihnen, Prof. Gerhard Scherhorn, der beim Wuppertal Institut die Forschungsgruppen „Neue Wohlstandsmodelle“ und „Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren“ leitete, hat darauf hingewiesen, dass eine ungezügelte, überproportionale Kapitalvermehrung zu Lasten der anderen beiden Produktionsfaktoren Natur und Arbeit geht.

Darum sind die Vorschläge aus der Geld- und Bodenreformbewegung so notwendig. Durch

die Geldreform sollen leistungslose Zinseinnahmen minimiert und die Wirtschaft vom Wachstumszwang befreit werden. Außerdem wollen wir ökonomische Anreize für ökologisches Verhalten schaffen, indem „Knappheitsrenten“ abgeschöpft und pro Kopf an die Bevölkerung verteilt werden. Um Knappheitsrenten geht es, wenn man für etwas zusätzlich Geld bezahlt, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt. Sie sind z.B. in der Bodenpacht und im Ölpreis enthalten.

Teilhaben an der Erde

Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung (SffO) fordert schon seit langem, alle sollten gleiche Teilhaber an der Erde werden, indem die Nutzungsrechte am Boden und an den Ressourcen gegen laufendes Entgelt vergeben und die Einnahmen daraus in gleichen Teilen an die Bürger zurückgezahlt werden. Dann müssen überdurchschnittliche Nutzer mehr zahlen, während unterdurchschnittliche Nutzer einen ökonomischen Vorteil haben. So wird Umweltschutz attraktiv!

Dieses Prinzip muss auch für die CO₂-Emissionen gelten. Bisher wurden im europäischen Emissionshandel fast alle Zertifikate an die verschmutzenden Unternehmen verschenkt, die damit Milliarden Gewinne erzielen, u.a. indem sie sich beim Verkauf die Knappheitsrenten aneignen. Das Kyoto-Klimaschutzprotokoll sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass die Vergabe der Emissionsrechte mittels Auktionen ausgebaut wird. Für die Pro-Kopf-Rückverteilung der auf diesem Wege erzielten Erlöse plädieren inzwischen auch andere.

So treten Jörg Haas von der Heinrich-Böll-Stiftung und der US-Autor Peter Barnes („Who owns the sky?“) für einen EU Sky

Trust ein, bei dem die Einnahmen aus der Versteigerung nach der Bevölkerungszahl an die Nationalstaaten sowie an einen Fonds für die Kooperation mit Entwicklungsländern transferiert werden. Denn da die EU 16,3% des globalen CO₂-Ausstoßes verursacht, aber nur 7,8% der Weltbevölkerung zählt, kommt eigentlich die Hälfte ihrer jetzigen Zertifikate den unterdurchschnittlichen Emittenten in anderen Teilen der Welt zu.

Ebenfalls interessant ist eine Idee, die vom britischen Umweltminister David Miliband zur Diskussion gestellt wurde: Jeder Brite solle eine Kreditkarte mit seinem anteiligen Kohlenstoff-Budget bekommen. An der Tankstelle oder beim Flug würden ihm davon sog. „Carbon Points“ abgezogen. Bei mehr als durchschnittlichem CO₂-Verbrauch müssten bei einer Kohlenstoff-Bank Punkte nachgekauft werden, die unterdurchschnittliche Verbraucher zuvor an die Bank verkauft haben.

Werden solche gerechteren, ausgleichenden Verfahrensweisen praktikabel umgesetzt, wird jeder zum Klimaschutz motiviert!



Beate Bockting aus Münster ist Mutter eines fünfjährigen Sohnes und arbeitet halbtags in einem Sekretariat. Sie ist Mitglied der FAIRCONOMY-Redaktion.

Internetadressen:

- <http://www.sffo.de>
- <http://www.boell.de> (Tagungsdokumentation „Welchen Preis hat ein stabiles Klima?“)
- <http://www.usskytrust.org>
- <http://www.skyowners.org>
- http://www.davidmiliband.defra.gov.uk/blogs/ministerial_blog/default.aspx

Fit statt fett?

Fit bleiben, statt fett essen – ein Appell der Politik an die Bevölkerung, sich mehr zu bewegen und gesünder zu ernähren? Dies ist kein Aprilscherz, sondern durchaus ernst gemeinte Politik. Wichtiger wäre es, endlich die ökonomischen Voraussetzungen für eine gesunde Ernährung zu schaffen.

Es hat sich bis ins Kabinett herumgesprochen, dass wir zu viel und zu fett essen. Für zunehmend mehr Kinder (und nicht nur Kinder) sind Obst, Gemüse und Mineralwasser indiskutabel. Cola, Nutella, Big-Mac und Fruchtzwerge sind gefragt, und natürlich die Süßigkeiten, mit denen sie via Fernsehen aufwachsen.

Eltern und Erzieher sollen nun den lieben Kleinen vermitteln, dass all die leckeren Dinge aus der Werbung schädlich sind, weil sie zu viel Zucker oder Fett enthalten. Die Pädagogen sollen sich als Spaßbremse engagieren, während Werbeagenturen mit Millionenaufwand Fun- und Actionkampagnen entwerfen, um den – Verzeihung – Industriemüll in die Bäuche unserer Kinder zu bekommen.

Seit Jahrzehnten werden wir Verbraucher bedrängt und umschmeichelt, all das zu tun, was uns selber und unserer Umwelt offensichtlich schadet: rauchen, saufen, viel essen, fernsehen, so oft wie möglich in den Urlaub fliegen und natürlich ein möglichst großes und schnelles Auto fahren. Wir sollen fröhlich konsumieren, dabei mit sinkenden Einkommen auskommen und alle Verlockungen hinterfragen und durchschauen.

Warum immer fetter?

Warum das Angebot immer größer, ungesünder und fragwürdiger wird, hinterfragt weder diese noch irgendeine andere Kampagne. Wir erwarten von unseren Konzernen, dass sie für ordentlich Wirtschaftswachstum sorgen. Drei Prozent Wachstum, das ist das Minimum für eine gesunde Branche. Ein Konzern darf da schon mal über 10 bis 15 Prozent jubeln. Die Profite sollen steigen, die Aktienkurse auch, und nach Möglichkeit sollen noch möglichst viele Mitarbeiter beschäftigt werden, damit sie als Konsumenten für Umsatz sorgen können.

Drei Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung der Ausgangsgröße in 24 Jahren. Für ein Management besteht die Herausforderung darin, Gewinn und Umsatz zu verdoppeln, obwohl die Bevölkerung (zahlenmäßig!) nicht zunimmt. Dies kann man durch Expansion ins Ausland erreichen. Doch auch dort sind Erzeuger, die ihrerseits Zuwachs brauchen. Man kann Konkurrenten verdrängen oder aufkaufen, wodurch jedoch kein gesamtwirtschaftliches Wachstum erzeugt wird. Außerdem sehen Politiker und Bürger die Monopolisierung der Märkte zunehmend kritisch.

Ein weiterer Ausweg besteht darin, mit immer größeren Produktionseinheiten immer billigere Produkte zu erzeugen. Hierfür sind Gen-Nahrung, massenweise Zuckereinsatz und eine immer effizienter werdende Massentierhaltung hilfreiche Produktionsfaktoren. Da aber auch diese Mittel an Grenzen stoßen, ist es für die Industrie letztendlich entscheidend, das Verbraucherverhalten zu verändern.

„Die Möhre aus dem eigenen Garten ist zwar gesund, aber nur der Schokoriegel erzeugt Wirtschaftswachstum. Deshalb werden wir Verbraucher mit Hilfe der Werbebranche umgezogen.“

Fertiggerichte sind weder gesünder noch billiger als selbst Gekochtes. Der Verlust der Kochkultur ist sicherlich kein Gewinn an Lebensqualität. Ebenso ist die Verführung weg von naturbelassenen Lebensmitteln hin zu industriellen Nahrungsmitteln für den Einzelnen kein Fortschritt. Für die Wachstumsökonomie sind diese Prozesse jedoch unerlässlich.

Profit = kontra fit

Entscheidend für die ungesunde Entwicklung unserer Essgewohnheiten ist die Notwen-



digkeit, Profite und Umsätze permanent zu steigern. Dies gilt es zu erkennen und zu verändern. Den Unternehmen, Branchen und Märkten muss ein wachstumsneutrales Wirtschaften ermöglicht werden. Hierfür ist ein wachstumsneutrales Geld unverzichtbar. Erst bei einem dauerhaften Null-Zins-Niveau können sich Unternehmen und Märkte entwickeln, ohne permanent Wachstum erzeugen zu müssen.

Liebe Politiker, schafft die ökonomischen Voraussetzungen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Wenn euch das zu anstrengend sein sollte, beschränkt euch besser darauf, den Kindern ein gutes Vorbild zu sein. Moralische Appelle an Eltern und Erzieher sind gut gemeint, aber eben nicht gut gemacht.



Klaus Popp ist Autor des Buches „Das Märchen vom guten Zins“. Weitere aktuelle Informationen sind auf seiner Internetseite zu finden: <http://www.Klaus-Popp.info>.

Pressespiegel

Die auflagenstarke britische Tageszeitung **Daily Telegraph** berichtete am 18.01.2007 ausführlich über die erstarkenden Regiogeldinitiativen in Deutschland und deren theoretische Fundamente. Der Artikel ist mit „Germans get by without the Euro“ betitelt, was so viel bedeutet wie „Die Deutschen kommen ohne den Euro aus“, was die euroskeptische Einstellung der Zeitung widerspiegelt. Der folgende Text zeugt jedoch von einer intensiven und relativ unvoreingenommen Auseinandersetzung mit den Themen der FAIRCONOMY- und Regiogeldbewegung. Die etwa 900.000 Leser der Printausgabe und deren Internetnutzer konnten lesen, dass die Idee hinter den Regionalwährungen von den Schriften des deutschen Ökonomen Silvio Gesell herrührt. Der Artikel bezieht sich bei der Bewertung der Entwicklung in Deutschland auf das 63-seitige, lesenswerte Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank Nr. 43/2006 aus der Reihe Volkswirtschaftliche Studien von Gerhard Rösl, erwähnt außerdem das Schwundgeld von Wörgl und zitiert Aussagen von Christian Gelleri (Chiemgauer Regiowährung). Der Autor Ambrose Evans-Pritchard fasst zusammen, dass die Regiogeldexperimente ein „beachtlicher Ausdruck von Bürgermacht und eine subtile Bedrohung des Status quo“ seien.

Die Zeitschrift **Ökostadt Report**, die vom Verein Ökostadt Rheinland herausgegeben wird, weist auf den Zusammenhang von Zinskosten und der Rentabilität ökologischer

Entwicklungen hin. In der Ausgabe 1/2007 ist ein Artikel mit dem Titel „Null-Zins-Niveau fördert umweltfreundliche Investitionen“ von Klaus Popp zu lesen (Seite 44-45): „Warum fehlt es trotz wuchernder Geldvermögen an einer ausreichenden Investitionsbereitschaft in zukunftsfähige Energiekonzepte? Wie ist es zu erklären, dass sich umweltschonende Projekte nach wie vor nicht „lohnen“? (...) Die Wettbewerbsnachteile regenerativer Energiequellen sind Folgen unseres fehlerhaften Geldsystems. Die Zinslasten sind die direkte Ursache dafür, dass es lukrativer ist, Kohle zu verbrennen als Solarzellen auf jedes Dach zu setzen.“

Die überregionale Tageszeitung **taz** hat am 09.02.2007 einen Leserbrief mit einem Link zur INWO abgedruckt. Damit wird ein Interview von Nike Breyer kommentiert, das unter dem Titel „Das war der Boden für Tsingtaus Erfolg“ am 03. Februar 2007 im taz Magazin Ausland erschienen war: „Es ist gut, hin und wieder in die Geschichte zu blicken, zumal so anschaulich, und festzustellen, wie weitsichtig einige Entscheidungsträger schon in früheren Zeiten gehandelt haben. Das Thema Bodenreform ist auch heute brisant, obwohl es im öffentlichen Diskurs quasi nicht existiert. Die Gesellschaft täte gut daran, sich wieder auf die alten Konzepte zu besinnen und diese weiterzuentwickeln. Ansätze dazu finden sich unter www.sffo.de oder www.inwo.de.“

Die Zeitschrift **P.M.** hat in Ihrer Juli-Ausgabe 2006 eine wissenschaftliche Studie zu Netzwerken unter die Lupe genommen. Eines der spannenden Ergebnisse: Dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, ist systembedingt. Die Forscher ließen Geld in ihrem Netzwerkmodell fließen und konnten „erstaunt“ „Seltsames beobachten“: „Das Geld verteilte sich im Laufe der Zeit immer ungleichmäßiger! Und das, obwohl alle virtuellen Personen vollkommen gleich waren; obwohl alle Transaktionen und jeder Gewinn oder Verlust nur durch den Zufall gesteuert wurden, die Fähigkeiten der Personen also überhaupt keine Rolle spielten! Dennoch befand sich am Ende der Großteil des Geldes in den Händen einer kleinen Minderheit – wie es in allen Gesellschaften der Welt zu beobachten ist.“ Die Forscher haben bei ihrer Studie auch eine einfache Methode entdeckt, um die Ungleichheiten abzumildern: „Alles, was den Geldfluss im Bereich der Alltagstransaktionen steigert, senkt die Ungleichheit. Je eifriger also das Geld zwischen den Menschen im Netzwerk hin und her getauscht wird, desto geringer wird die Ungleichheit. Hört das Geld auf zu fließen und sammelt es sich auf Konten, so gibt es den gegenteiligen Effekt: Die Ungleichheit steigt.“

Jens Hakenes

Termine INWO Deutschland

25.-29.06.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Vollbeschäftigung ist machbar!

Bildungsurlaub mit Werner Rügemer, Prof. Thomas Huth, Helmut Creutz, Thomas Betz u.a.
Arbeitslosigkeit – unveränderbar?

Die herrschende Meinung geht von struktureller Arbeitslosigkeit in der Zukunft aus. Ist nichts anderes denkbar? Das Seminar zeigt Denkmöglichkeiten neuer Arbeitsmarktmodelle auf und gibt dem Paradigmenwechsel eine Plattform.

195 € mit Vollpension / 145 € ohne Übernachtung
Anmeldung: VHS Essen, <http://www.vhs-essen.de>
Infos: Klaus.Popp@INWO.de,
Telefon: +49 211 304105

06.-08.07.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Einführung in die FAIRCONOMY

INWO-Seminar mit Sommerfest
Infos: Klaus.Popp@INWO.de,
Telefon: +49 211 304105

13.-15.07.2007

Eisenach, Hotel Haus Hainstein
**Demokratie und Wirtschaft...
ein delikates Wechselverhältnis**

Jahrestagung von Mehr Demokratie e.V.
Referenten: Gerald Häfner, Prof. Dr. Jürgen Maes, Prof. Dr. Roland Eichenberger, Prof. Dr. Roland Geitmann, Werner Rügemer, Klaus-Michael Rothe, Dr. Christoph Strawe, Johannes Stüttgen
Infos: berlin@mehr-demokratie.de,
Telefon +49 30 42082370

21.-22.07.2007

Bad Boll, Seminar für freiheitliche Ordnung
Auswirkung einer Reform der Geldordnung

Eine Reform der Geldordnung, die den Geldumlauf verstetigt, führt zu einem geschlossenen Kreislauf. Vielfältige Wirkungen werden das Gesicht der Gesellschaft grundlegend verändern. Auf dieser Tagung soll das weite Feld der Auswirkungen auf den Zins, Wachstum und Beschäftigung, Umweltprobleme, Märkte und Wettbewerb sowie auf die Unternehmensverfassungen und die Kulturfinanzierung entwickelt werden.
Referenten: Fritz Andres, Kirn; Eckhard Behrens, Heidelberg
Infos: info@sffo.de, Telefon: +49 7164 3573

Termine INWO Deutschland

21.-27.07.2007

Chiemgau

Regiogeld-Sommerakademie

Der Regiogeld e.V. bietet seinen Mitgliedern die vergünstigte Teilnahme an der Regiogeld-Sommerakademie beim Chiemgauer und Stern-taler. Teilnahme auch für Nicht-Mitglieder.

Infos: annika.pietsch@regiogeld.de,

Telefon: +49 391 5058116

07.-11.09.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Jugendcamp 2007

Infos: Tanja.Rathgeber@INWO.de, Telefon: +49 721 9431437

27.09.2007 und 28.09.2007, jeweils 19.30 Uhr

Jena, Melanchthonhaus

Vortragseinheit: Das Klimaproblem als Lernfeld der Menschheit für den Umgang mit globalen Ressourcen.

Macht der wirtschaftliche Wettbewerb die Menschen zu Feinden?

Referent: Fritz Andres (SffO) Infos: rkhanemann@gmx.de,

Telefon: +49 3641 602700 (R. & K. Hanemann)

02.-04.11.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Spiele-Workshop

Infos: Tanja.Rathgeber@INWO.de, Telefon: +49 721 9431437

Viele weitere Details & Veranstaltungen finden Sie im Internet unter <http://www.INWO.de/Termine> und <http://www.INWO.ch>.

Diskussion zum Namen „INWO“ bei der Mitgliederversammlung 2007

„Was würde man vermissen, wenn der alte Name nicht mehr da wäre?“ war eine Frage, die am Freitagabend vor der Mitgliederversammlung (MV) gestellt wurde und die bei mir hängen blieb. In fünf Gruppen mit je fünf bis sechs Personen haben wir intensiv darüber diskutiert, ob unser Vereinsname „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ bleiben soll, ob wir das „Natürlich“ durch „nachhaltig“ ersetzen oder ob wir uns in Zukunft „FAIRCONOMY e.V.“ nennen.

Die meisten Gruppen hatten zunächst mittels Brainstorming Assoziationen zu den verschiedenen Begriffen gesammelt, bevor Argumente ausgetauscht wurden und schließlich der Präsentator der Gruppe die Ergebnisse im Plenum vortrug. Sie fielen recht unterschiedlich aus, so dass hier kein klares Votum abgegeben werden kann. Hier nur einige Punkte als Anregung für die weitere Diskussion:

„Natürlich“ spricht nach Meinung vieler die Emotionen an, wobei nicht nur die Schönheit der Natur assoziiert wurde, sondern auch ihre Gewalt. Für die Traditionalisten unter den Mitgliedern ist der Begriff sehr positiv. Kritik gab es eher an der Bezeichnung „Initiative“. Einige meinten, wir seien über dieses Stadium hinaus und daher eher eine Bewegung.

Der Begriff „nachhaltig“ kam weniger gut an. Man sah ihn als zu kopflastig, zu inflationär verwendet und zu farblos. Und das, obwohl man sich darin einig war, dass wirklich nachhaltiges Wirtschaften Not tut. Eine weitere Idee war, die Ausformulierung des „N“s bei der Erklärung der Abkürzung INWO jedem selbst zu überlassen – je nach

Zielgruppe dann eben eine natürliche, nachhaltige, nahe liegende, nahrhafte, niedertourige, noble oder nötige Wirtschaftsordnung.

Bei „FAIRCONOMY“ sahen die Mitglieder als großen Pluspunkt, dass der Begriff international verständlich ist und unser Anliegen verdeutlicht, eine gerechtere Ökonomie zu schaffen. Da es um die Zukunft und viele (junge) neue Mitglieder geht, sollte man keine Scheu davor haben, alte Zöpfe abzuschneiden. Gesell mit seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ ist zwar zwar der Ideengeber, wir sind aber frei, diese Ideen weiterzuentwickeln.

Interessant war, dass in einer Gruppe gleich vier Neumitglieder meinten, dass sie von sich aus nie auf diese Namensdebatte gekommen wären. Was zähle, seien die Inhalte. Grundsätzliches Einverständnis bestand am Ende darin, dass eine tatsächliche Namensänderung wohl überlegt sein sollte. Ein Name dient der Identifikation, hat also damit zu tun, ob man sich mit jemandem oder etwas „identifizieren“, sich hineinfinden kann. Heißen wir nur INWO oder sind wir die INWO?

Beate Bocking

Mitgliederversammlung 2007

Für alle, die nicht teilnehmen konnten oder das Ende unserer diesjährigen Marathon-Mitgliederversammlung nicht miterlebt haben, hier in Kürze die wichtigsten Ergebnisse der Mitgliederversammlung, zu der wir Ende März/Anfang April in Wuppertal rund 50 Mitglieder und Gäste begrüßen konnten.

Der Vorstand ist für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2006 entlastet worden. Unser ausführlicher Jahresbericht ist online abrufbar und kann beim INWO Versand bestellt werden (INWO Versand: Telefon: +49 9502 924740, Fax: +49 9502 924810, E-Mail: Versand@INWO.de).

Die Mitgliederversammlung hat unserem 1. Vorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen. Prof. Dr. Wolfgang Berger hatte im Vorjahr angekündigt, für ein Jahr zur Verfügung zu stehen. Nach diesem einen Jahr hat er nun die Vertrauensfrage gestellt. Laut Satzung steht eine Neuwahl alle vier Jahr an, für den 1. Vorsitz also regulär wieder 2010. Neuer Beisitzer im Vorstand der INWO Deutschland ist Helmut Rau. Er hat bereits im Vorjahr im erweiterten Vorstand mitgearbeitet und tritt nun die Nachfolge von Klaus Popp an, der als Beisitzer zurückgetreten war.

Einem Antrag zur Tagesordnung, der fristgerecht nach Versand der Einladung eingegangen war, hat die Mitgliederversammlung zugestimmt. Die Punkte „Weiterentwicklung der INWO-Struktur“ und „Weiterentwicklung der INWO-Geschäftsstelle in Düsseldorf“ wurden daraufhin ausführlich und kontrovers diskutiert. Das gleiche gilt für den Punkt „Verhältnis zur Humanwirtschaftspartei“. Außerdem wurde dabei dem Finanzierungskonzept des Vorstands für Seminare zugestimmt, die teilweise vom Freiwilligen Jugendverband Deutschland (FJVD) e.V. veranstaltet

und von der Humanwirtschaftspartei mitfinanziert werden. Zudem wurde der Vorstand beauftragt, eine Grundsatz-Diskussion über die Zusammenarbeit mit Parteien vorzubereiten. Der Antrag zur INWO-Arbeitsplattform wurde zurückgezogen, nachdem der Antragsteller über die laufende eGroupware der INWO informiert worden war.

Die Mitgliederversammlung hat außerdem eine Satzungsänderung beschlossen. Demnach werden Mitglieder ausgeschlossen, die sich rassistisch, fremdenfeindlich oder in anderer Weise diskriminierend äußern oder handeln. Die neue Satzung ist demnächst online zu finden und über den Versand auch per Post erhältlich.

„Die Mitgliedschaft erlischt durch Ausschluß, wenn das betreffende Mitglied (...) die Interessen des Vereins gröblich verletzt. Die Interessen des Vereins sind gröblich verletzt, wenn ein Mitglied sich z.B. rassistisch, fremdenfeindlich oder in anderer Weise diskriminierend äußert oder so handelt.“

Auszug aus §6a der Satzung der INWO Deutschland

Am Rande der Mitgliederversammlung hatten die Mitglieder und Gäste zudem das Vergnügen, einem Vortrag und Musik von Prof. Bernd Senf zu lauschen. Außerdem wurden die Ergebnisse des 1. FAIRCONOMY-Spiele-Workshops, die INWO-Materialmatrix und die Entwürfe für neue INWO-Aufkleber vorgestellt und dazu ein echter Knüller: das bekannte Zahnradmodell von Helmut Creutz in einer verkleinerten Version von Peter Lange und Albrecht Heimbach, das nun auch per Post verschickt werden kann.

Jens Hakenes

Der neue Vorstand der INWO Deutschland



1. Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Berger
- Ökonom und Philosoph
- Unternehmensberater
- aus Karlsruhe



2. Vorsitzender: Jens Hakenes
- Dipl.-Journalist (Radio u.a.)
- Webdesigner
- aus Berlin



Kassierer: Hannes Eichinger
- Bio-Landwirt
- aus Hienheim in Niederbayern



Beisitzerin: Alwine Schreiber-Martens
- Diplom-Mathematikerin
- wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fachhochschule Köln
- aus Köln



Beisitzer: Helmut Rau (neu gewählt)
- Landmaschinenmechanikermeister
- Strategischer Einkäufer einer Werkzeugmaschinenfabrik
- aus Süßen bei Stuttgart

Interaktive Karte der „INWO vor Ort“

Ansprechpartner und Regionalgruppen der INWO sind inzwischen in fast ganz Deutschland zu finden. Um das Finden und Mitmachen zu erleichtern, haben wir unsere Übersicht über die „INWO vor Ort“ nun interaktiv gestaltet. Mithilfe einer „Google Map“ können die Ansprechpartner und Regionalgruppen nun auch direkt angeklickt und eine

Route zum Treffen geplant werden. Damit ergänzen wir die herkömmliche Karte.

Werfen Sie einen Blick auf <http://www.INWO.de/vorOrt> und seien Sie gespannt auf die Weiterentwicklung, an der wir bereits basteln!

FAIRCONOMY-Spiele: Fanclub und Mailingliste

Auch wer es nicht so mit der Theorie, Büchern und Vorträgen hat, ist bei der INWO genau richtig! Der spielerische Umgang mit der FAIRCONOMY steht im Mittelpunkt zweier neuer Angebote.

Nach dem 1. FAIRCONOMY-Spiele-Workshop im Vorjahr hat sich in der Zwischenzeit ein „Fanclub Spiele“ gegründet. Wer in Sachen Spiele (gemeint sind alle spielerischen Herangehensweisen, also beispielsweise auch Lieder, Poesie, Theater) auf dem Laufenden bleiben will, sollte uns e-mailen: Tanja.Rathgeber@INWO.de. Alle Spiele-Fans werden vierteljährlich mit Neuigkeiten rund ums Thema Spiele versorgt.

Wer selbst aktiv mitarbeiten möchte, kann sich in die neue Mailingliste für FAIRCONOMY-Spiele eintragen lassen. Damit wird die Arbeit der Spieler koordiniert, die beispielsweise den nächsten Workshop vorbereiten (siehe Termin auf S. 10). Auch für den Eintrag in die Arbeitsliste ist nur eine E-Mail nötig. Gefragt sind natürlich auch weitere Spiele und Ideen!

Weitere Mailinglisten und Arbeitsgruppen der INWO sind zu finden unter <http://www.INWO.de/Arbeitsgruppen> und <http://www.INWO.de/Mailinglisten>. Infos und Kontakt gibt es natürlich auch ohne Internetzugang bei

Klaus Popp
Blasiusstraße 63
40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 304105
Fax: (09502) 924810



CD-Rom für Regionalgruppen & Ansprechpartner der INWO

Im April und Mai haben wir die erste Version der CD-Rom an alle Ansprechpartner und Regionalgruppen der INWO verschickt. Sie soll das Mitmachen vereinfachen, indem sie alle nötigen Materialien zur Verfügung stellt.

Unter anderem sind auf der CD-Rom ein Leitfaden für Regionalgruppen und Ansprechpartner, ein Veranstaltungshandbuch und eine INWO-Briefvorlage zu finden. Außerdem gibt es kostenlose Software, das FAIRCONOMY-Einsteigerheft als pdf, das Quiz „Wo ist unser Geld?“ und vieles mehr.

Wir sind gespannt auf Rückmeldungen, um eine noch bessere zweite Version anbieten zu können.

Helmut Rau ist dafür erreichbar per E-Mail (Helmut.Rau@INWO.de), Telefon (07162) 43061 und Post (Hohensteinstraße 25, 73079 Süßen).



Interpellation zum Schweizer Franken

Nicht nur im Kantonsrat dreht, windet und beschäftigt sich alles um und mit Geld. Geld ist über die vergangenen Jahrzehnte immer mehr das Mass fast aller Dinge geworden. Mit Geld messen wir den „Wert“ oder das „Gewicht“ eines Geschäfts, einer Arbeit oder eines Sachgegenstandes, wie mit dem Kilogramm, dem Meter und dem Liter Gewichte, Längen oder Flüssigkeiten.

Der anstehende 100-jährige Geburtstag der Schweizerischen Nationalbank ist Anlass genug, um vertieft über den Schweizer Franken zu sprechen, bestimmt er doch unser aller Leben in nachhaltiger, positiver wie leider manchmal auch negativer Weise. Auf Geld bauen wir unsere arbeitsteilige, der Transparenz verpflichtete, demokratische Volkswirtschaft, unsere Altersvorsorgen, unsere Sozialsysteme auf.

Wir speichern sozusagen getane Arbeit oder Zukunft in Geld.

Leider bin ich im Zusammenhang mit dem Schweizer Franken immer wieder auf widersprüchliche und unbefriedigende Antworten oder Zusammenhänge gestossen. Deshalb möchte ich als gewählter Volksvertreter meine Fragen an unsere Kantonsregierung stellen, in der Hoffnung, dass diese im Interesse der arbeitenden Menschen in unserem Kanton Klärung und Transparenz schaffen kann. Auch bin ich sicher, dass sich alleine durch die Beschäftigung mit diesen Fragen die eine oder andere Erkenntnis einstellen wird.

1. Jeder Produzent und Dienstleister ist gesetzlich verpflichtet, sein Produkt, seine Dienstleistung nicht direkt, sondern gegen Geld einzutauschen, was natürlich auch das Erheben von staatlichen wie privaten obligatorischen Abgaben erleichtert (MwSt, direkte Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern, Zinsen, Gebühren, Versicherungsprämien, Mieten usw.). Auch Immobilien, Unternehmen, selbst Banken, Boden und Lebenszeit werden in Geld bewertet und getauscht. Manch einer wird im Interesse der Allgemeinheit auch enteignet (z.B. für den Strassenbau) und entschädigt durch Schweizer Franken. Wer oder was stellt sicher, dass das Geld auch in 40 oder 20 Jahren noch (s)einen (Tausch-)Wert hat?

2. Davon ausgehend, dass der Staat (also wir selber) den Geldwert garantiert, möchte ich wissen, wie er das kann, wo er seine Staatsverschuldung (also die Steuern von morgen und somit zu leistenden Abgaben unserer, auch noch ungeborenen Kinder) innert zehn Jahren auf 253 Milliarden verdoppelt (Staat, Kantone, Gemeinden), in derselben Zeit über 300000 wertschöpfende Arbeits- und Ausbildungsplätze ausgelagert hat und seine Staatsbetriebe, seine Goldreserven (Weltwoche vom 29. Juni 2006), das Land seiner Bauern (mögliche Aufhebung Lex Koller, neues Landwirtschaftsgesetz) und seine Kantonalbanken zunehmend für in- und ausländisches Kapital

käuflich machen will (was eigentlich einer Enteignung des Schweizer Volkes, insbesondere zukünftiger Generationen gleichkommt)? Und nach welchen Kriterien werden Staaten, Kantone oder Gemeinden geratet, wenn sie Kredite beantragen?

3. Der US-Dollar ist seit Bretton Woods 1944 Leit- und Reservewährung Dutzender Volkswirtschaften. Hält auch die Schweizer Notenbank Reserven in US-Dollar? Wenn ja, wie schützt sich die Schweiz gegen den Kaufkraftverlust dieser Reserven?

4. Im Jahr 1991 erschien das Buch Geld & Natur des international anerkannten Schweizer Ökonomen Hans Christoph Binswanger. In diesem Buch thematisierte er die zu erwartenden, nun aktuell gewordenen Umweltprobleme und zeigt die Mitverantwortung unseres Kreditgeldsystems dabei auf. Und an der 18. Oikos-Konferenz „Die Zukunft des Geldes“ der Hochschule St. Gallen im Mai 2006 bestätigte Prof. Dr. Prabhu Gubbara (Ausbildungscenter UBS), dass der Zins massgeblich zur sich weiterhin öffnenden Schere zwischen Arm und Reich beiträgt. Wird solches Wissen an Zuger Schulen (Erwachsenenbildung, WMS usw.) vermittelt?

5. 97,5% der täglich um den Globus fliessenden Geldmenge hat keinen realwirtschaftlichen Hintergrund mehr (BILANZ vom 26.1.2005). Während sich die Gütermenge in den vergangenen drei Jahrzehnten vervierfacht hat, hat sich die Geldmenge in derselben Zeit hingegen vervierzigfacht. Ist es nicht eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis das weltweite Währungssystem, welches zu ca. 70% auf dem US-Dollar basiert, zusammenbricht (Inflation)? Was bedeutet ein Währungszusammenbruch für die im internationalen Wirtschaftsstandort Zug lebenden Menschen, auch bezüglich Versorgung mit den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs und den Kanton selber? Dieselbe Frage stellt sich natürlich auch für die Schweiz, welche ebenfalls durch eine immer internationaler werdende Arbeitsteilung an Autarkie (Selbstversorgung) verliert.

Thomas Brändle

Diese Fragen hat Kantonsrat Thomas Brändle im Februar 2007 dem Regierungsrat des Kantons Zug gestellt. Mit einer solchen Interpellation können Ratsmitglieder Auskunft einfordern und so den Regierungsrat kontrollieren. Die Antwort erfolgte nur wenige Wochen später. Der Regierungsrat sieht „interessante und spannende Fragen“ aufgeworfen, sei aber nicht in der Lage, darauf zu antworten. Da es sich „fast ausschliesslich [um] globale, internationale und nationale Sachverhalte und Rechtsfragen“ handle, sei er nicht zuständig und ausserdem fehle es an den nötigen verwaltungsinternen Ressourcen.

Die Schlüsselstellung der Banken

Enorme Bankgewinne, exorbitante Managersaläre und Kaderboni sind Ausdruck eines unbegrenzten Eigennutzes. Dass es auch Alternativen dazu gibt, zeigte sich bei einer Wirtschaftstagung der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum und der Johannes Kreyenbühl Akademie Ende April.

Markus Jermann, Geschäftsführer der Freien Gemeinschaftsbank in Basel, stellte das Geschäftsmodell seiner bereits 1984 aus anthroposophischen Kreisen gegründeten Institution vor. Die Freie Gemeinschaftsbank sieht den Umgang mit Geld sehr stark im Zusammenhang mit biografischen Fragen. Die Bank kann sich diesen Fragen stellen und im Gespräch mit dem Kunden versuchen, eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Dabei wird ihm die Verantwortung des Geldbesitzes nicht einfach via undurchsichtige Finanzprodukte abgenommen, sondern bewusst gemeinsam entschieden. Ethisches Handeln vollzieht sich so direkt im sozialen Kontakt. Dabei verwies Jermann auch auf Bankdirektoren alter Schule, die das Gesicht der Kunden als Kreditausweis nahmen und sich durch hohe Menschenkenntnis auszeichneten. Die Freie Gemeinschaftsbank pflegt bewusst das Kapital, das für das Bestehen



Tagungsort Goetheanum: monumentaler Rudolf-Steiner-Bau in Dornach bei Basel

einer Bank wirklich maßgebend ist: das Vertrauen! Ganz andere Schwerpunkte zeigten sich im Referat von Thomas Bieri, Leiter Kredit der Alternativen Bank ABS, Olten. Die Bank wurde aus der Notwendigkeit der Umweltbewegung und den Bedürfnissen von Organisationen der Zivilgesellschaft im Jahre 1990 gegründet. Seine Darstellung zeigte eine erfolgreiche Bank, bei der Ökologie und soziale Projekte im Vordergrund stehen. Als besonderes Instrument wurde das „ABS-Immobilien-Rating“ entwickelt, das für nachhaltiges und energiesparendes Bauen sehr günstige Hypotheken zur Verfügung stellt. Ebenso wie bei der Freien Gemeinschaftsbank werden auch bei der ABS alle Kreditnehmer transparent aufgelistet. Das letzte Referat von Kaspar Müller, Verwaltungsratspräsident der responsAbility AG, Zürich, und Vizepräsident

der ETHOS-Stiftung Genf, befasste sich mit der Rolle von Finanzmärkten und Investoren. Seine engagiert gehaltene Vorstellung der beiden Institutionen begann mit einem Leitspruch, der im Basler Rathaus zu finden ist: „Freiheit ist über Silber und Gold.“ Damit erinnerte Müller an die bereits von Aristoteles geäußerte Grundlage einer gesunden Gesellschaft, wo sich die Wirtschaft und ihr Geld der Politik, also der Gemeinschaft der BürgerInnen unterordnet – ResponsAbility ist nun eine unter anderen von Raiffeisen und Credit Suisse gegründete Firma, die für einen Brückenschlag zwischen Finanzmarkt und Entwicklungszusammenarbeit besorgt sein will. Haupttätigkeit ist zurzeit die Vermittlung von Geldern für Mikrokredite in Entwicklungsländern. Die Stiftung ETHOS setzt sich auch für die nachhaltige Entwicklung via Aktionärsstimmrecht ein. Dabei wird in Gesprächen mit dem Management und mit den Verwaltungsräten versucht, Veränderungen Richtung Vernunft und Nachhaltigkeit zu erreichen. Nötigenfalls wird auch der Konfrontation an der Generalversammlung nicht ausgewichen. Kaspar Müller plädierte dafür, mit den real existierenden Finanzmärkten zu rechnen und die fließenden Gelder mit intelligenten Methoden für nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Das abschließende Rundgespräch moderierte Michael Rist, der Organisator der ganzen Tagungsreihe. Er wies auf den viel besprochenen Klimawandel hin, sodass einerseits die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Auffassungen zu den verschiedenen Referaten einbringen konnten und andererseits auf den von Peter Spiegel vertretenen Verbund aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie und Biogas eingegangen werden konnte. Hinzu kam zu dem heute bereits möglichen Nord-Süd-Verbund noch die Idee des globalen West-Ost-Verbundes, sodass die bei Nacht nicht benötigte Energie der beginnenden Tagschicht zur Verfügung gestellt werden kann, wodurch – bei den knapper werdenden Ressourcen – aufkeimende Wirtschaftskriege am besten unterbunden werden könnten. Gegen Schluss des Rundgesprächs kam dann noch die Frage nach dem Schwundgeld, Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld auf, die aber bei einer späteren Tagung eingehender behandelt werden wird, da die nächste Tagung am 10. November 2007 schon den Herstellern von Kleinwasserkraftanlagen, von Windkraft- und Solaranlagen sowie den Betreibern von Biogasanlagen vorbehalten ist. Auf diese Weise soll das Ziel der ganzen Veranstaltungsreihe dem geistigen und materiellen Wohl der ganzen Weltgemeinschaft dienen.

Der Tagungsbericht kann gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden bei der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum, CH-4143 Dornach, Telefon: 061 7064430, Fax: 061 7064350.

Jens Martignoni und Michael Rist
(Johannes Kreyenbühl Akademie)

Finanzspielregeln Solidarischer Ökonomie – Welche Bedeutung hat der Zins?

Fortsetzung der Forumsdiskussion zwischen Alwine Schreiber-Martens (INWO) und Elmar Altvater (FU-Berlin, attac) am 26. November 2006 in der TU Berlin während des Kongresses: „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“.

Alwine Schreiber-Martens (ASM):

Der Kern der Bodenproblematik ist der Begriff Bodenrente. Die Nutzung des Bodens ist für alles absolut notwendig: fürs Wohnen, fürs Produzieren, um sich fortzubewegen. Der Boden ist unverzichtbar für jegliches menschliches Leben und Wirtschaften. Aus diesem Grund kann der Bodeneigentümer sich etwas von dem Ertrag aneignen; ein Ertrag, der deshalb hervorgebracht wird, weil ein anderer Mensch – vielleicht auch er selbst – mit dem Boden arbeitet. Dieser Ertrag ist natürlich umso höher, je attraktiver dieses Bodenstück gerade ist.

Wie kann man diese Bodenrente abschöpfen? Dazu hat schon Silvio Gesell einen Vorschlag gemacht: Rückkauf in kommunales Eigentum, private Nutzung gegen laufendes Entgelt (z.B. Erbpacht). Ein neuerer Vorschlag ist die Bodenwertsteuer, wie sie Fritz Andres vertritt. Die weitere wichtige Frage ist: Wie wird dieses Aufkommen aus der Erbpacht oder Bodenwertsteuer verwendet? Wir gehen inzwischen über Gesells Vorschlag der „Mütterrente“ hinaus und sagen: Dieses Aufkommen aus der Bodenrente, das wir mit einer Bodenwertsteuer abschöpfen können, soll als bedingungsloses Grundeinkommen an jeden Menschen ausgezahlt werden.

Dieser Vorschlag ist eine Verknüpfung von marktwirtschaftlichen und egalitären Prinzipien. Das Egalitäre ist das gleiche Verteilen des Aufkommens, das Marktwirtschaftliche ist, dass ich mir die Allokationsfunktion des Marktes zu Nutze mache.

Elmar Altvater (EA): Es gibt in der Welt viele Beispiele, wo dieses Problem, das mit dem Bodenmonopol verbunden ist –

d.h. mit der monopolistischen Inbesitznahme und Aneignung der Ressourcen dieses Bodens – sehr viel einfacher gelöst wird.

Die Bewegung der Landlosen in Brasilien beispielsweise, die kümmert sich nicht um Geld, die kümmert sich nicht um eine Bodenwertsteuer, sondern die Menschen besetzen das Land, weil sie dort ihre eigenen Sachen

Davon unberührt bleibt die Frage: Welche Wirkungen hat privates Bodeneigentum und wie können wir die Bodenrente abschöpfen? Das ist meiner Ansicht nach die entscheidende Frage. Möglicherweise tritt dann auch die Frage nach dem Eigentum in den Hintergrund, wenn wir den Ertrag, der den Eigentümern zufließt, mit anderen Mitteln abschöpfen.

WIE WOLLEN WIR WIRTSCHAFTEN?

Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

Kongress
24.-26. Nov. '06
TU Berlin

anbauen wollen. Oder in Bolivien, da werden die natürlichen Ressourcen, die Gas- und Ölvorkommen, vergesellschaftet, verstaatlicht – auf Druck der sozialen Bewegungen. Es ist eine andere Herangehensweise, die viel einfacher ist.

ASM: In Dänemark gibt es eine Bodenwertsteuer, sie ist dort seit den 20er Jahren eingeführt. Dort kann man unter sehr ähnlichen ökonomischen und kulturellen Verhältnissen nachgucken, wie diese Bodenwertsteuer wirkt. Ich finde es sehr notwendig, dass in Bezug auf den Großgrundbesitz, sei es in Brasilien oder anderswo auf der Welt, andere Regelungen eingeführt werden. Ob es eine grundsätzliche und langfristig gute Lösung ist, wenn Boden in Privateigentum ist, bezweifle ich. Dass es kurzfristig das absolute Recht einer Landlosenbewegung ist, diesen unbenutzten Boden in Nutzung zu nehmen, ist für mich völlig klar.

EA: Marktwirtschaft egalitär gestalten, das wird nicht gehen. Das erfahren wir tagtäglich, aber das kann man auch theoretisch begründen.

Das ist im Prinzip auch in den Kategorien der Gesellianer angelegt, dass das gar nicht gehen kann, denn Marktwirtschaft ist immer – so sagen es die Keynesianer in aller Klarheit und auch zu Recht – Marktwirtschaft ist immer Geldgesellschaft. Und Geld ist etwas Spalterisches für die Gesellschaft, das wusste schon Aristoteles. Denn:

„Geld heißt, dass einer oder eine über Geld verfügt, und ein anderer oder eine andere muss dieses Vermögen bedienen, weil er oder sie Geld schuldet. Geld ist sozusagen bilanztechnisch betrachtet immer etwas Doppeltes: ein Vermögen, ein Guthaben und eine Verpflichtung, eine Schuld.“

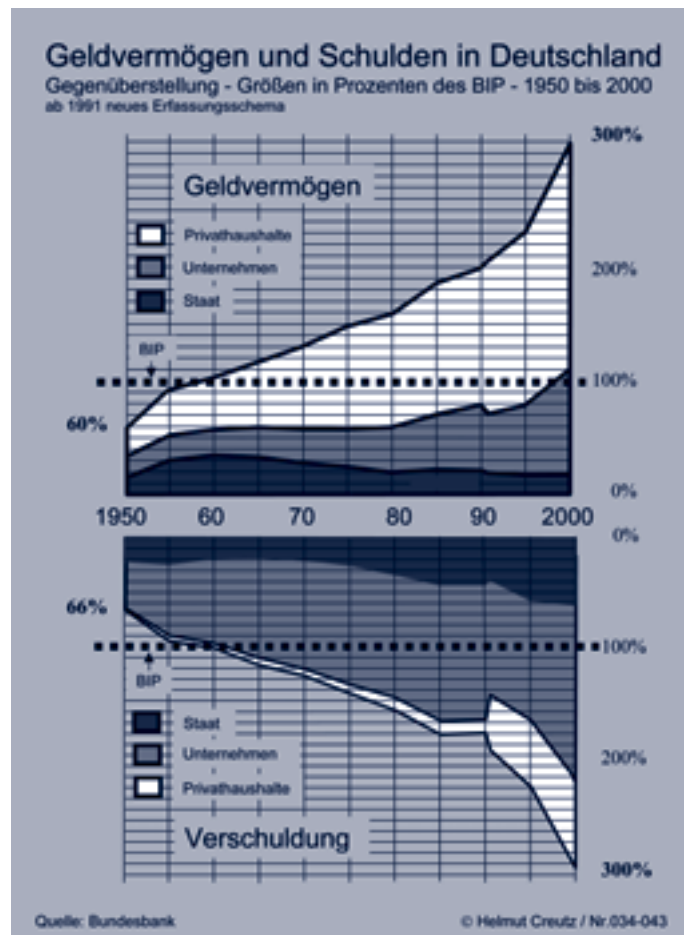


Elmar Altvater war von 1971-2004 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt (internationale) politische Ökonomie an der FU Berlin. Neben Fragen der Entwicklungstheorie hat er über Staatstheorie und die Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Deutschland und Europa gearbeitet, außerdem über verschiedene Aspekte der Globalisierung, über Finanzmärkte und -krisen, die Informalisierung der Arbeit und die Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie auf die Umwelt. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac und Autor zahlreicher globalisierungs- und kapitalismuskritischer Schriften.

Die Länder, die in eine Schulden- oder Finanzkrise geraten sind, können ein Lied davon singen, was es bedeutet, Geldvermögen von Fonds, von Banken, auch von internationalen Institutionen bedienen zu müssen. Diese spalterische Seite des Geldes, die vermittelt sich aber über das Kapitalverhältnis, denn das, was an Zinsen zu zahlen ist, muss ja produziert werden. Und diese Produktion wird positiv interpretiert in der Keynesianischen Theorie als sog. harte Budgetrestriktion: Geld übt den harten Zwang aus, unbedingt einen Überschuss produzieren zu müssen, um einen höheren Profit zu machen, als Zinsen zu zahlen sind. Einen Überschuss zu produzieren, heißt, Wachstum zu erzeugen. Einen Überschuss zu produzieren, verlangt die Steigerung der Arbeitsproduktivität, der ökonomischen Effizienz. Wenn man dann noch die Weltmarktkonkurrenz in Rechnung stellt, heißt dies auch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des berühmten Standortes. Und dann sind wir vom Geld her wieder dort, wo man eigentlich gar nicht hinkommen wollte, wenn man die Theorie der Gesellianer zugrunde legt; dann sind wir nämlich da, dass eine Marktwirtschaft als Geldwirtschaft überhaupt keine egale Situation produzieren kann, sondern Ungleichheit unbedingt produziert. Ungleichheit in der Situation derjenigen, die über Geld verfügen, und derjenigen, die die Geldvermögen zu bedienen haben. Ungleichheit zwischen Ländern, zwischen Standorten in der gesamten Weltwirtschaft.

Was man noch sagen muss, wenn wir über Märkte, Zinsen und Kapital diskutieren: dass es sich um globale Märkte handelt. Und alles das, was Alwine angedeutet hat an Regulierung – Bodenwertsteuer und Liquiditätsbesteuerung des Geldes, um die Zinsen zu senken usw. – kann man heute auf nationalstaatlicher Ebene überhaupt nicht mehr machen. Das müsste man auf globaler Ebene tun, wenn überhaupt. Und dann stellt sich die Frage, ob es nicht auch ganz andere Instrumente gibt. Instrumente der Entschleunigung der Finanzmärkte beispielsweise, die Tobin-Steuer oder auch das Verbot von bestimmten Kapitaltransfers.

Dann fängt man nicht bei dem Zinseinkommen auf Kapital an, sondern geht an das Kapital selbst heran und versucht auf diese Weise auch, das Kapitalverhältnis hinzukriegen. Das führt in eine andere, reformerische Richtung, die mehr Spielraum für die abhängig Beschäftigten bringt. Das ist eine ganz andere Logik des Handelns, mit der man nicht innerhalb des kapitalistischen Systems der Einkommensströme versucht, hier und da ein bisschen regulierend und korrigierend einzugreifen, sondern mit der man an den Kern der ganzen Angelegenheit herangeht: an das Kapitalverhältnis.



ASM: Ich bin bei attac eingetreten, weil ich die Tobin-Steuer für absolut notwendig halte, und ich kann auch nur betonen, dass auch die INWO Mitglied bei attac ist. Die Regulierung der internationalen Finanzmärkte halte ich für absolut geboten. Unsere Kernaussage ist die Zinsproblematik, aber das heißt natürlich nicht, dass wir nicht andere Forderungen und Aussagen anderer Gruppierungen unterstützen.

EA: Dass man an den Boden, an die Ressourcen, an die Monopole und die Einkommensflüsse, die daraus abgeleitet werden, regulierend heran muss, das ist wahrscheinlich das Gemeinsame, was uns eint. Aber die Unterschiede kommen sofort, wenn man sich in die theoretischen Einzelheiten begibt, weil dann auch die politischen Unterschiede herausgearbeitet werden müssen. Ich halte von dieser Idee der Freiwirtschaft überhaupt nichts. Wie das mit der Bodenrente angegangen wird, das ist undurchführbar und auch politisch nicht wünschenswert, weil es ganz andere Lösungen für dieses Problem gibt. Und den Zusammenhang zwischen Geld, Regionalgeld und dann „Mütterrente“ – jetzt wird da Grundeinkommen draus –, das halte ich auch nicht für zielführend. Da muss man doch die Frage stellen: Lässt sich das überhaupt einführen? Es gibt andere Möglichkeiten. Kann man die Emanzipation der Individuen und der gesellschaftlichen Gruppen nicht viel besser anders erreichen? Da würde ich sagen: Ja! Marx hat gezeigt, dass ein Kapitalismus auf der Basis der russischen Gemeinde des 19. Jahrhunderts durchaus vorstellbar ist, er müsste nicht den Weg des westeuropäischen Kapitalismus mit all seinen Formen gehen. Wenn wir in die Geschichte zurückblicken, sehen wir, dass es auch einen anderen Kapitalismus gegeben hat, vor dem Industriezeitalter, bevor die moderne Technologie und bevor die fossilen En-



ergieträger en masse genutzt wurden. Es gab einen langsamen Kapitalismus seit dem 16. Jahrhundert oder in den italienischen Städten seit dem 13.-14. Jahrhundert, in Asien gab es den schon vor 2000-3000 Jahren, in Ansätzen zumindest. Kapitalismus hat verschiedenste Ausprägungen. Deswegen sage ich auch, es ist ein anderer Kapitalismus vorstellbar, als der, den wir kennen. Ich halte das für eine sehr wichtige These, die ich auch vertrete.

Ich kann mir eine kapitalistische Weltwirtschaft heute ohne Geld natürlich nicht vorstellen. Geld ist aber nicht nur Verrechnungseinheit, deswegen habe ich die lange Ausführung zur Marx schen Geldtheorie gemacht (siehe Teil 1 in der vorigen Ausgabe, Anmerkung der Redaktion). Geld ist eine Totalität, und wer Geld als Verrechnungseinheit haben will, der hat es als Kredit und dann auch alles, was damit zusammenhängt. Wir müssen uns immer über Eines im Klaren sein: Wenn wir über Marktwirtschaft reden, reden wir immer über Waren, und wenn wir über Waren reden, reden wir über Wert, und wenn wir über Wert reden, reden wir über Geld, wenn wir über Geld reden, reden wir über Zinsen. Das ist es, was Aristoteles schon im 3. Jh. vor Christus herausgearbeitet hat. Und dieses Geld hat bestimmte Eigenschaften, nämlich die der Beschleunigung durch den Zins und Zinseszins, den Aristoteles stoppen wollte. Daher resultiert auch das kanonische Zinsverbot, das bis ins 15.-16. Jahrhundert hinein wirksam war. Daraus resultiert auch das islamische Zinsverbot, das formell noch heute gilt, weil der Zins eben eine negative Wirkung auf die Gesellschaft hat. Er spaltet in Gläubiger und Schuldner. Noch ein Blick zurück zu Aristoteles: Solon hat zwei

große Taten begangen, von denen wir nicht wissen, welche größer war. Die erste war, Athen eine Verfassung zu geben. Damit hat er für politischen Frieden gesorgt. Dies war ihm aber nur möglich, weil er etwas anderes auch gemacht hat, nämlich die Entschuldung der Schuldner. Damit hat er einen Bürgerkrieg verhindert, und nur durch die Verhinderung eines Bürgerkrieges war es möglich, Athen eine Verfassung zu geben. Die spalterische Wirkung ist schon sehr lange bekannt, und sie wirkte schon lange, bevor wir vom modernen Kapitalismus wussten oder davon reden können. Nur heute, wenn wir es mit dem Kapitalismus zu tun haben, haben wir es auch mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu tun. Und was können wir uns vorstellen, wie diese Marktwirtschaft aussehen könnte? Da müssen wir vielleicht zurückgreifen auf den Historiker Karl Polani, der den Begriff der Entbettung des Marktes aus der Gesellschaft benutzte. Er sagte, Marktwirtschaft gibt es in der Gesellschaft seit unendlichen Zeiten, getauscht wird seit unendlichen Zeiten, nur waren diese Marktvermittlungen in der gesellschaftlichen Kommunikation so wie das Wasserglas in einem Ozean von gesellschaftlichem Handeln. Und wenn wir jetzt über Marktwirtschaft reden, über kapitalistische Marktwirtschaft, dann müssen wir den Versuch machen, die Märkte wieder mehr in die Gesellschaften, in gesellschaftliche Steuerung zurückzubringen. Das heißt, ihnen andere Zielsetzungen zu geben, als nur dem Profitmotiv dienstbar zu sein. Das heißt, Arbeitsplätze zu schaffen, menschliche Bedürfnisse verstärkt zu befriedigen, das gute Leben besser möglich zu machen als zuvor. Und dafür brauchen wir Regulierungen.

„Zinsen sind eine Form der Ausbeutung aber sie sind nicht die einzige Form der Ausbeutung. Das darf man nie vergessen.“

Sie sind Geldflüsse und gleichzeitig auch Ausbeutung, denn sie setzen voraus, dass einige Leute sich diese Geldflüsse aneignen und andere dafür arbeiten. Arbeit ist immer auch ein Herrschaftsverhältnis, und dafür muss man auch Strategien entwickeln. Man kann also nicht nur meinen, an der Stellschraube von Zinsen und Geld die Welt verändern zu können. Man muss wirklich tiefer eingreifen in die Mechanismen, wo der Zins auch wirkt und wo der Zins produziert wird: im Produktionsverhältnis. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Was unterscheidet uns eigentlich in Hinsicht auf die Regulation der Kapitalmärkte? Ich habe nicht behauptet, dass das, was ich gesagt

habe, besonders radikal sei. Es ist nicht die Abschaffung des Kapitalismus, die ich hier deklariere. Das würde ich auch nicht tun, weil dies ein sehr abstraktes Vorgehen wäre und politisch keine Relevanz besitzen würde. Was man durchaus debattieren kann, sind eben Schritte, und in welche Richtung diese Schritte gehen sollten.

„Wir müssen versuchen, das Kapitalverhältnis in eine andere Form zu gießen bzw. es zu überwinden, wenn es denn möglich ist.“

Die Tobin-Steuer ist ein Anfang.

ASM: Ich möchte einfach noch mal betonen, dass mir die politische Auseinandersetzung so sehr am Herzen liegt und ich diese nach meinen Kräften vorantreiben will. Mein Herz schlägt auch links! Ich wünsche mir, dass ich auch mit meinen Freunden und Freundinnen aus der Gewerkschaftsbewegung und mit denen, die mit dem Marxistischen Denken noch stärker verbunden sind, als ich es bin – ich bin damit noch verbunden –, endlich stärker ins Gespräch komme.

EA: Das war eigentlich ein schönes Schlusswort, stimmt mich natürlich auch versöhnlich. Wir schwimmen alle irgendwie, und perfekte Lösungen, damit kann keiner aufwarten. Deshalb ist Diskussion tatsächlich eine Notwendigkeit, um dann gemeinsam eine Basis zu finden, auf der wir auch zu handeln vermögen.

Protokoll: Eva Koch
Bearbeitung: Beate Bocking

Der 1. Teil der Dokumentation findet sich in der vorigen Ausgabe dieser Zeitschrift.



Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Math., vier Kinder, wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachhochschule Köln. Gewerkschaftsmitglied, Beisitzerin im Vorstand der INWO Deutschland.

Kapitalismus – einer, viele oder keiner?

Eine sonderbare Frage? Ja, durchaus. Doch sonderbare Fragen liefern oft überraschende Antworten und neue Wege – selbst für diejenigen, die diese Fragen selbst in die Welt gesetzt haben. Die vorliegende Antwort könnte einen nützlichen Beitrag insbesondere für die „lagerübergreifende“ Kapitalismus-Diskussion liefern.

Beginnen wir damit, wie Adam Smith und David Ricardo, die „Urväter“ des Kapitalismus, ihren Kapitalismus beschrieben haben und sehen dann, ob und wie viel das mit dem zu tun hat, was wir heute als Kapitalismus bezeichnen.

In seinem Buch „Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert“ zeigt Franz Groll auf den Seiten 58-64 die Zusammenhänge aus den Originaltexten von Smith und Ricardo auf, aus denen die bei Politikern und Wirtschaftsexperten so beliebten Zitate zur Rechtfertigung ihrer kapitalistischen Dogmen gerne gerissen werden.

Groll betont als Voraussetzung von Smiths und Ricardos Aussagen, dass Vollbeschäftigung herrscht, dass also nicht aufgrund von Erwerbslosigkeit und Not größere Ungerechtigkeiten in den Lohnniveaus bestehen: „Smith geht bei seinen ausländischen Handelspartnern von einem vergleichbaren Lohnniveau aus (...). Der andere ist nur deshalb ‚billiger‘, weil er ein Produkt mit erworbenen oder naturgegebenen Produktivitätsvorteilen herstellt. Er hat sich nicht darüber geäußert, zu welchem Schluss er käme, wenn (...) nicht Vollbeschäftigung herrschen würde, sondern, im Gegenteil, Massenarbeitslosigkeit.“

„Billiger“ bezieht sich bei Adam Smith nicht auf ein niedrigeres Lohnniveau, sondern auf Produktionsvorteile durch eine überlegene Herstellungstechnik oder ein günstigeres Klima etc. Nur dann führt freier Wettbewerb dazu, dass wirklich die „beste“ und günstigste Produktionsweise das Rennen macht – und nicht, wie heute, die skrupelloseste Ausbeutung.

Smith und Ricardo propagieren zunehmenden Wohlstand für alle – das große Versprechen des Kapitalismus – unter der Prämisse von Vollbeschäftigung und Lohngerechtigkeit. Sind aber die Voraussetzungen schon nicht gegeben, kann man auch nicht erwarten, dass die versprochenen Ergebnisse eintreten.

Vollbeschäftigung und Lohngerechtigkeit als Voraussetzung

Angesichts dessen müsste man zu dem Schluss kommen, dass das, was wir heute haben, kein Kapitalismus ist, zumindest keiner im Sinne der theoretischen Begründer.

Aber vielleicht gibt es ja viele verschiedene Kapitalismen, darunter solche positiven wie Smith und Ricardo beschrieben haben, aber eben auch negative, wie wir ihn heute erleben? In diese Richtung weist ein Text von Prof. Dr. Michael Brie, stellv. Vorstandsvorsitzender der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Die Linke – was kann sie wollen?“ Brie unterscheidet in seinem Text verschiedene Kapitalismen, darunter den „fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus“ der Nachkriegszeit und den heutigen „Finanzmarkt-Kapitalismus“. Dabei präsentiert sich der erstgenannte weitgehend als ein freundlicher Kapitalismus, der Wohlfahrt schafft, während sich der zweite mehr oder weniger offen als Ausbeutungssystem zeigt: „Dieser neue Kapitalismus leistet sich selbst in den Zentren ein wesentlich höheres Maß an Instabilität, Inkohärenz, gesellschaftlicher Spaltung und offener Unterdrückung als der fordistische Kapitalismus. Seine soziale Basis ist wesentlich eingeschränkter, (...) Loyalität wird weniger positiv durch Zugeständnisse erkaufte als durch ökonomische Erpressung erzwungen.“

Dass es sich nach Brie tatsächlich um verschiedene Arten von Kapitalismus handelt, wird deutlich an Formulierungen wie: „(...) dass der Entwicklungspfad des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus (...) heute weitgehend durch einen anderen Entwicklungspfad abgelöst wurde, der als Finanzmarkt-Kapitalismus bezeichnet werden soll“ oder „(...) eine historische Entscheidung zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Wegen (...): die Fortsetzung und Vertiefung oder die Rücknahme der Nachkriegsreform“ [hier zitiert Brie Jörg Huffscheid]. Damit ist die Fortsetzung des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus gemeint, mit der Rücknahme dagegen der Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus, der die sozialen Erwerbsbedingungen der Nachkriegsreform wieder zurücknimmt.

Verschiedene Kapitalismen

Zweifelloos zeigen die beiden Ausformungen von Kapitalismus völlig unterschiedliche Fassaden. Doch handelt es sich wirklich um verschiedene „Entwicklungspfade“, zwischen denen man – entsprechenden politischen oder gesellschaftlichen Willen vorausgesetzt – die Wahl (gehabt) hätte? Hätten wir uns tatsächlich dafür entscheiden können, den fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfad weiterzugehen? Brie selbst führt aus, dass es dafür keine realistische Entscheidungsfreiheit zu geben scheint: „Der fordistisch-wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus konnte in den Zentren einen Ausbau der sozialen und kulturellen Teilhabe vorantreiben, weil dies mit den Interessen der großen Wirtschaftsunternehmen zumindest solange vereinbar war, wie die Dominanz der Kapitalverwertung nicht in Frage gestellt wurde.“

Genau an diesem Punkt (so 1973 in Chile) verwandelte auch dieser Kapitalismus sich in eine direkte Diktatur.“

Und: „Zugleich war dieser Kapitalismus [der fordistisch-wohlfahrtsstaatliche] nicht auf Dauer zu stellen, da seine konsequente sozialdemokratische Gestaltung die Systemgrenzen gesprengt hätte (...) oder aber der Erhalt der kapitalistischen Systemeigenschaften eine Rücknahme der Errungenschaften erforderte (...)“

Also nur solange die Dominanz der Kapitalverwertung nicht in Frage gestellt wird, lässt sich die fordistisch-wohlfahrtsstaatliche Richtung einhalten. In der zweiten Passage heißt es sogar, eine konsequente Fortsetzung hätte die kapitalistischen „Systemgrenzen gesprengt“! Haben wir es daher nicht vielmehr mit einem einzigen Entwicklungspfad zu tun, der eben nach einer gewissen Dauer aufgrund veränderter Rahmenbedingungen (z.B. in Frage gestellte Dominanz der Kapitalverwertung) ein verändertes, aggressiveres Erscheinungsbild zeigt?

Die unvollendete, zweite Marx'sche Theorie

Karl Marx als einer der bekanntesten Vertreter derer, die sich mit den negativen Wirkungen des Kapitalismus und dessen Ursachen auseinandergesetzt haben, kam einem wichtigen Zusammenhang auf die Spur, der klar zeigt, dass Smiths und Ricardos Prämisse der Vollbeschäftigung mit Kapitalismus unvereinbar ist: der Ungültigkeit des sog. Say'schen Gesetzes in unserer bestehenden Geldordnung. Zusammen mit der Akkumulation von Kapital ist dies ein wesentlicher Schlüssel zur Erklärung dafür, dass Kapitalismus – systembedingt – zu Erwerbslosigkeit führt und daher auch nicht den versprochenen Wohlstand für alle bringt, sondern für sehr viele – nicht zuletzt durch Lohndumping und Erwerbslosigkeit – das Gegenteil.

Dazu muss man wissen, dass Marx eigentlich zweierlei Theorien über die Natur des Kapitalismus verfasst hat: die im 1. Band des „Kapital“ beschriebene Mehrwerttheorie, die die kapitalistische Ausbeutung vor allem vom privaten Eigentum an Produktionsmitteln ableitet und auf der alle praktischen Versuche, den Kapitalismus nach Marx zu überwinden, basierten, und eine weitere, wesentlich spätere Theorie, die er leider nicht zu Ende geführt hat und die im 3. Band beschrieben wird. Georg Otto hat sich in seinen Schriften „Warum der Marxismus scheitern musste“ und

„Führt der 'dritte Weg' der PDS in den demokratischen Sozialismus oder in einen Sozialkapitalismus?“ intensiv mit Marx' zweiter Theorie beschäftigt und die ihr noch fehlenden Elemente herausgearbeitet, die auch in der Praxis eine Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung möglich machen würden. Was also macht Kapitalismus zu Kapitalismus?

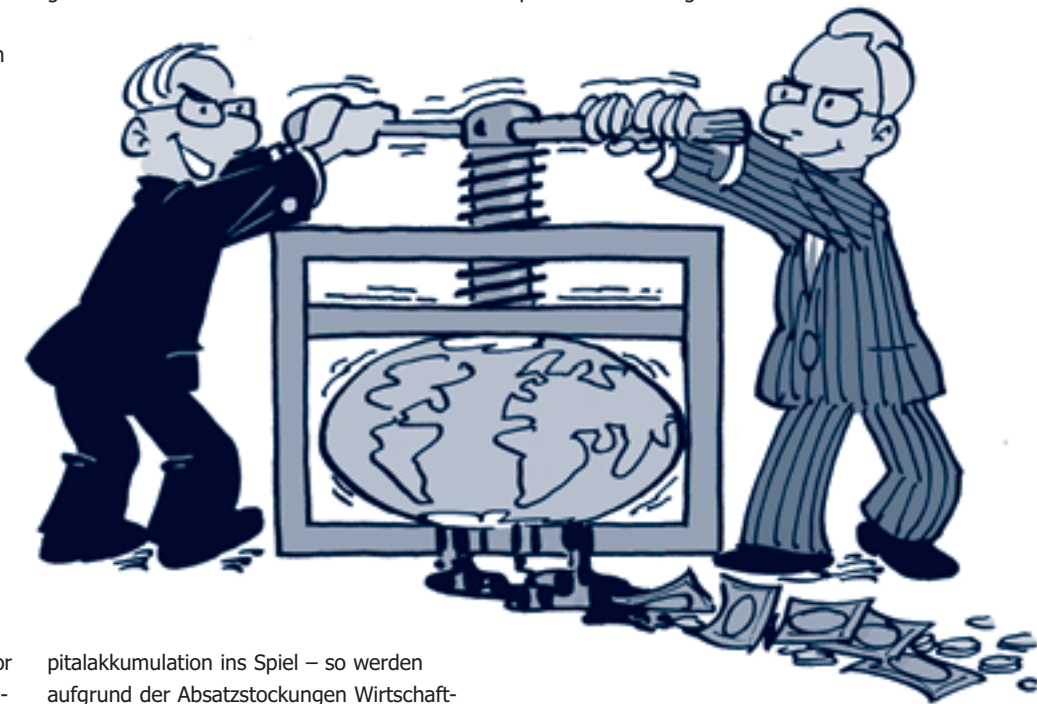
Das Say'sche Gesetz besagt, dass der Kreislauf von Angebot und Nachfrage auch in einer (kapitalistischen) Geldwirtschaft geschlossen sei. Marx legt die Ungültigkeit eindeutig dar, wie Otto in „Warum der Marxismus scheitern musste“ beschreibt: „Weil keiner zu kaufen braucht, weil er selbst verkauft hat“, können die zu Geldbesitzern gewordenen Warenbesitzer in dem Maße warten, wie ihr eigenes Produkt und das erlöste Geld über ihrem Existenzminimum liegen. (...) Geld ermöglicht die zeitliche Unterbrechung des Produktaustausches und damit der Produktion, also die Einleitung einer Krise, weil es nicht ‚unmittelbar‘ kaufen muß: ‚Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat.“

Durch Nicht-Kaufen kann der Wirtschaftskreislauf unterbrochen werden. Geschieht das in größerem Ausmaß – und hier kommt die Ka-

nicht oder zu wenig „rentiert“. Wenn also das Kapital zu schlecht bedient wird. Genau diese Situation jedoch entsteht regelmäßig mit zunehmendem Wohlstand, da dann die Märkte zur Sättigung tendieren und die Rendite aus den Verkäufen zurückgeht. Ausreichende Kapitalbedienung und Wohlstand sind auf Dauer unvereinbar. Hinzu kommt, dass mit zunehmender Kapital-(Geld-)Akkumulation die Kaufkraft bei der Masse der Bevölkerung abnimmt und von daher ein paralleler Prozess die dauernde Bedienung des Kapitals unmöglich macht.

Solange der Geldumlauf von der Bedienung des Kapitals abhängig ist, kommt es also immer dann zu Wirtschaftskrisen oder Rezessionen, wenn der wachsende Wohlstand zu spürbarer Sättigung und damit zu ungenügender Bedienung des Kapitals führt: „Eine Kapitalanlage ist nur dann rentabel, wenn sie einen Mindestzins oberhalb der Rentabilitätsgrenze einbringt. Fällt der Zins, die Profitrate, in die Nähe dieser Grenze, so stellen Kapitalisten erfahrungsgemäß weitere Investitionen ein.“

Arbeitslosigkeit entsteht, Firmen brechen zusammen, viel Kapital muß abgeschrieben werden, und das die Krise überstehende Kapital zumeist der größeren



pitalakkumulation ins Spiel – so werden aufgrund der Absatzstockungen Wirtschaftskrisen mit nachfolgender Erwerbslosigkeit ausgelöst. Bei großer Kapitalakkumulation ist mit „Nicht-Kaufen“ natürlich nicht Konsumverweigerung gemeint, sondern hier geht es um Investitionsverweigerung, genauer um Nicht-zur-Verfügung-Stellen von Geldvermögen für Investitionen. Dies tritt immer dann ein, wenn sich das Zur-Verfügung-Stellen von Kapital

Kapitaleigner ist um das in der Krise vernichtete Kapital knapper geworden, so daß der Zins, die Profitrate, wieder über diese Grenze hochgetrieben wird. Neue Investitionen rentieren sich jetzt wieder, so daß erneut investiert wird. Die Konjunktur beginnt wieder. Das Kapital ist gewachsen, jedenfalls das

größere Kapital auf Kosten des in der Krise ausradierten kleineren Kapitals, und es kann bei jetzt hohem Zinsfluß erneut wachsen, bis das kapitalistische Grundgesetz vom ‚tendenziellen Fall der Profitrate‘ den Zins wieder auf die Rentabilitätsgrenze drückt.“ (Otto in „Führt der 'dritte Weg' der PDS ...“)



Absatzfördernde Maßnahmen am Piccadilly Circus in London

Der Kern des Kapitalismus

Als Fazit bleibt die Erkenntnis, dass der Kapitalismus wahrscheinlich immer „derselbe“ ist, nämlich ein System, das die Bedienung des Kapitals bedingungslos an die erste Stelle setzt. Werden die Bedingungen des Kapitals erfüllt oder sogar übererfüllt wie in Zeiten starken Wirtschaftswachstums, kann sich der Kapitalismus von seiner „netten“ Seite zeigen. Wird es schwierig, die Bedingungen des Kapitals zu erfüllen, z.B. weil das Wachstum zurückgeht oder die Umverteilung schon weit fortgeschritten ist, werden die Daumenschrauben angezogen, bis hin zu offener Unterdrückung und ökonomischer Erpressung. Smith und Ricardo haben wahrscheinlich eher eine (von kapitalistischen Verzerrungen) freie Marktwirtschaft beschrieben als den Kapitalismus, schlicht weil sie die Weichen stellenden Bedingungen der Kapitalbedienung nicht in ihre Prämissen einbezogen haben, sondern ihren Gedankengebäuden solche Prämissen zu Grunde legten, die sich nur in einer nicht vom Kapital diktierten Wirtschaftsordnung auf Dauer halten können. Eine interessante und auch im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirt-

schaft aufschlussreiche Definition von Kapitalismus stammt aus dem Faltblatt „Kapitalismus – Was ist das eigentlich?“ von Helmut Creutz: „Kapitalismus ist eine Wirtschaft, in der die Bedienung des Kapitals Vorrang hat vor der Bedienung der Arbeit. Es ist ein System, in dem die Kapitaleinkommen, vor allem die der Geldvermögensbesitzer, auf Grund der festgelegten Zinsen einen festen Erstanspruch an das Ergebnis der Arbeit haben, während sich die Arbeitenden mit dem ‚Rest des Kuchens‘ zufrieden geben müssen. Es ist ein System, in dem die Überlegenheit des Geldes, gekoppelt mit dem Zinseszinssystem, Geldvermögen und Schulden unermesslich wachsen lässt, ohne Rücksicht auf die echten Bedürfnisse der Menschen und der Natur!

Ebenso fragwürdig wie der Kapitalismus selbst ist seine ständige Verwechslung und Vermischung mit der Marktwirtschaft, die im Grunde Feuer und Wasser sind.

Eine funktionierende Marktwirtschaft beruht auf Gegenseitigkeit, die tendenziell zu einem Ausgleich der Interessen führt. Der Kapitalismus dagegen lässt eine Seite ständig reicher und die andere ärmer werden und verfälscht und zerstört die Marktwirtschaft.“

Lassen wir noch einmal Georg Otto zu Wort kommen: „Wenn Geld nicht mehr gehortet werden kann, muß der Kapitalist auch dann noch investieren, wenn er, nach Keynes, sich dadurch als Kapitalrentier selbst tötet.“ (in „Führt der 'dritte Weg' der PDS“ ...) Dann nämlich kann die Konjunktur nicht mehr durch Geldkapitalzurückhaltung unterbrochen werden, und die Sättigung aufgrund



Ergebnis kapitalistischer Verzerrungen in Jakarta/Indonesien

Marx revisited

Ein spannendes Betätigungsfeld für linke Theoretiker: die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Marx' Mehrwerttheorie und seinen späteren Erkenntnissen über das Geld.

„Verliert das Geldkapital seine Zinsfähigkeit, so muß auch das Sachkapital – die Maschinen und Fabriken – den Kapitalcharakter verlieren, denn Sachkapital ist vom Geldkapital abgeleitetes Kapital. So wie der Geldkapitalzins im Kapitalismus auf damit gebildetes Sachkapital übertragen wird, so verliert dieses seine Zinsfähigkeit, wenn der Geldkapitalzins gegen Null tendiert. Aus dem im Kapitalismus neben dem Geldkapital in Konzernhand so mächtigen Sachkapital wird ein Sachgut ohne Ausbeutungsfähigkeit.“ (Otto, in „Führt der 'dritte Weg' der PDS ...“)

von Wohlstand führt nicht mehr zu Krise und Erwerbslosigkeit. Wohlstand für alle kann endlich erreicht und erhalten werden. Wir müssen uns jetzt nur noch fragen, ob und wie ein nicht zu hortendes Geld zu gestalten ist.

Literatur:

- Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen?, VSA-Verlag Hamburg, 2006, Download: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Sozialismus_Brie_0306.pdf
- Franz Groll: Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert, Riemann, 2004
- Georg Otto: Führt der „dritte Weg“ der PDS in den demokratischen Sozialismus oder in einen Sozialkapitalismus?
- Georg Otto: Warum der Marxismus scheitern musste
- Helmut Creutz: Kapitalismus – Was ist das eigentlich?, 4-seitiges Faltblatt (letzte drei Bezug über <http://www.geldreform.de>, alternative-dritter-weg@t-online.de, Tel.: +49 5065 8132)



Kornelia Halach, geb. 1967, ist Mitglied der INWO und beschäftigt sich seit ca. 3 Jahren mit der Geldthematik.

Ein „Raumschiff“ zum Freigeldjahr in Österreich

Über Kunst lässt sich manche Diskussion vorzüglich anregen! Und erst recht, wenn ein Kunstwerk so raumfüllend ist wie das „Eiserne Raumschiff mit heimatloser Galionsfigur“ des Kramsacher Bildhauers Mag. Alois Schild, das am 30. April 2007 am Wörgler Stadtplatz gelandet ist. Das rostende Vehikel transportiert zwar keine Menschen, dient aber im Freigeldjahr als Transportmittel, um Geld im öffentlichen Raum zu thematisieren.

Denkanstöße dazu liefern der Künstler und die Freunde zeitgenössischer Kunst aus Kramsach, die in 27 Wochen je einen neuen Slogan am Sockel der Skulptur anbringen und die

Bevölkerung einladen, darauf zu reagieren. Nicht nur vor Ort, sondern weltweit können alle Interessierten über das Medienkunstwerk „Polylog“ mitmachen. Über die Wörgler Internetseite <http://www.woergl.at> kann jeder sein Statement abgeben.

Den ersten Spruch schrieb der Künstler Alois Schild im Rahmen der Übergabefeier am 1. Mai selbst aufs Podest, das bis zum „Abflug“ des Raumschiffs am Weltspartag, dem 31. Oktober 2007, als „Wandzeitung“ und demokratische Plattform dient. Dann wird auch der „Wörgler Geldbrunnen“ geleert, um den Alois Schild sein Raumschiff fürs Freigeldjahr erwei-

tert hat. Bekanntlich bringt es Glück, Münzen in Brunnen zu werfen – und so dachte sich der Bildhauer etwas passendes aus: „Münze auf die Zunge legen, an der Nase reiben, wünsch dir was! Münze fallen lassen – und wenn sie im Brunnenkasten landet, geht der Wunsch in Erfüllung.“ Der Brunneninhalt wird am Weltspartag für einen guten Zweck gespendet.

Ein digitales „Logbuch“ zum Kunstprojekt „Zeit ist Geld“ bietet auf der Internetseite <http://www.unterguggenberger.org> aktuelle Infos.

Regiogeld-Tagung und -Kongress auf DVD

Über 300 Besucher aus 20 Nationen haben im Herbst 2006 an der internationalen Tagung „Monetäre Regionalisierung“ und dem 4. Regiogeldkongress an der Bauhaus-Universität Weimar teilgenommen. Auf der Tagung wurden aktuelle und historische Beispiele aus Deutschland, den USA, Großbritannien, Ungarn, Argentinien, Brasilien, Korea und Indonesien ausgewertet. Experten verschiedener Disziplinen präsentierten ihre Studien. Der Regiogeldkongress stand unter dem Motto „Es fehlt an Geld – nun gut, so schafft es denn“ (Goethe, Faust II). Er bot ein Forum zum Erfahrungs- und Wissensaustausch für die Regiogeldinitiatoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Erstmals haben sich in Weimar auch prominente Politiker mit der Frage beschäftigt, welche Rolle Regiogeld für den Wirtschaftsaufschwung einer Region spielen kann. Der

Durchbruch komplementärer Gelder scheint immer näher zu rücken. Ein neuer Markt regionaler Währungssysteme ist im Entstehen. Ein neuer Geldpluralismus kündigt sich an. Die Dokumentation zu Tagung und Kongress gibt es als Video-DVD, die auf Computern und DVD-Playern in den Sprachen Deutsch und Englisch abspielbar ist. Zu sehen sind die Doku-Filme „Monetäre Regionalisierung“ (35 Min.) und „4. Regiogeldkongress“ (45 Min.).

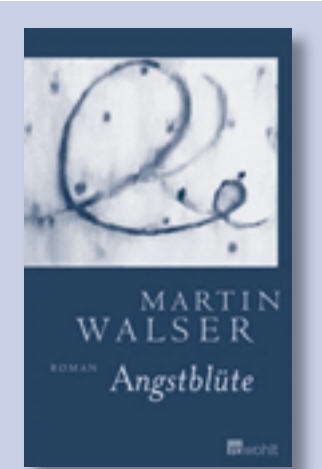
Enthalten sind außerdem alle Vorträge als Dokumentation mit Vortragsfolien.

Die DVD kann zum Preis von 15 Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden. (E-Mail: vosshenrich@livingcity.de, Telefon: (05764) 941854, Kay Voßhenrich, Ginsterweg 6, D-31595 Steyerberg)



Buchvorstellung





Martin Walser:
Angstblüte. Roman
Reinbek bei Hamburg,
Rowohlt Verlag, 2006,
477 Seiten
(22.90 Euro – ab 02/2008
als Taschenbuch 9.95 Euro)

Martin Walser schildert die moderne Finanzwelt im Zeitalter der Globalisierung. Hauptfigur ist der Anlageberater Karl von Kahn, für den Warren Buffett „mein Vorbild, mein Hausherr, meine Herzensikone“ ist. In seinem „Anlagen-Gewächshaus“ hat er das leidenschaftliche Vermehren von Geld zu seinem Lebensinhalt gemacht: „Karl von Kahn und seine Kunden sind für das Lebendige: Zins und Zinseszins. Verbrauch ist banal. Das Leben will die Wieder- und Wieder- und Wiederanlage des Erworbenen. ... Wir säen den Zins und ernten den Zinseszins. ... Wenn wir aber den Zinseszins-Zins erleben, erleben wir Religion.“ (S. 23-27, 244 und 398) Von Kahns Ängste, sein mangelndes Selbstwertgefühl und seine Charakterschwächen könnten als Anzeichen für eine Absicht Walsers erscheinen, die Welt der modernen „Geldmenschen“ als eine verkehrte Welt darzustellen und die Frage nach einer besseren Welt aufzuwerfen. (109,115)

Aber Walser will den modernen Kapitalismus und seine Ausbrei-

tung über die ganze Welt offenbar nicht kritisieren. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ stellt er sich gegen die „Arroganz des Kulturbetriebs mit seinen ideologischen Ansichten“ und betont: „Letztlich bleiben nur Geld und die Vermehrung des Geldes, um unabhängig zu sein. ... Meine Figuren wollen das Anlegen zu dem machen, was vorher das Sparen war. Das ist doch etwas Schönes. Das ist Karl von Kahns Botschaft: Anlegen soll ein Volkssport werden. Es muss das Sparen verdrängen.“ (Wirtschaftswoche Nr. 29/2006, S. 3 und 90-93)

In seiner „Kunden-Post“ fasst seine literarische Figur von Kahn die Lehren zusammen, die er aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zieht: „Der Staat schafft nicht.“ Vielmehr müsse dem „Markt als Naturgeschehen“ freier Lauf gelassen werden. „Die Politik kann sich gegen den Markt so wenig durchsetzen wie gegen das Wetter. ... Wer den Markt moralisch fassen will, fasst immer nur sich selbst.“ (24,27,241,408) In einem weiteren Artikel polemisiert er „gegen die „Kapitalistenarie vom bösen Zins“, die „Aristoteles, Thomas von Aquin und Karl Marx im Chor singen.“ (409)

Demgegenüber sieht von Kahn in Übereinstimmung mit der klassisch-neoklassischen Ökonomie im Geld weiter nichts als ein neutrales, den Märkten dienendes Tauschmittel. „Geld hat ja an sich keinen Wert. Du musst es in ein gewinnbringendes Verhältnis bringen. ... Geld vermehren, um seiner selbst willen betrieben, ist nämlich die einzige menschliche Tätigkeit, die unanzweifelhafte Werte schafft.“ (241,244)

Demnach gibt Walsers Roman der neoliberalen Ideologie der grenzenlosen Geldvermehrung geradezu ihre dichterische Legitimation. Aber ist das Sparen wirklich etwas Altmodisches, das durch das Anlegen auf den internationalen Finanzmärkten verdrängt werden sollte? Zeigt dieser Verdrängungsprozess nicht vielmehr, wie sehr sich die internationalen Finanzmärkte bereits gegenüber dem realwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen dem Sparen und dem Investieren verselbständigt haben?

Walser erkennt, dass der Markt durch die von ihm nicht wahrgenommene strukturelle Macht des Geldes kapitalistisch verfälscht wird und gar nicht die „einzige Verbesserungskraft“ sein kann, für die er sie hält. (Interview S. 93) Gewiss hat sich der Staat als ein wirtschaftliche Vorgänge dirigistisch lenkender Interventionsstaat nicht bewährt. Aber als ein demokratischer Rechtsstaat, der dem Geld seine Macht und Fähigkeit zur Selbstvermehrung nimmt und der der Marktwirtschaft eine gerechte Rahmenordnung ohne Monopole gibt, ist er notwendiger denn je.

Werner Onken



Sylvia Führer:
Die Münze Nuria.
Froh und Frei Verlag Holzwickede, 1. Auflage Mai 2007, Hardcover, 112 Seiten
(14.90 Euro – versandkostenfrei erhältlich unter <http://www.INWO.de/Shop>).

Dieser Märchenroman für Menschen ab acht Jahren vermittelt aus einer völlig neuen Perspektive, welcher der „Beruf“ des Geldes ist. Die kleine personifizierte „Nuria“ wünscht sich sehnlichst, von Hand zu Hand zu wandern. Sie möchte stets Gutes tun, ein zuverlässiger Bote zwischen allen Menschen sein. Als sie plötzlich in einem Computer gefangen ist, schafft sie es sogar, das virtuelle Geld dazu zu inspirieren, lieber zu allen Menschen zu kommen, anstatt immer nur einem rätselhaften, langweiligen „Sog“ nachzugeben, der es dort hin zieht, wo schon viel ist... Eine einfühlsam erzählte Geschichte, geschrieben von Silvio Gesells jüngster Enkelin Sylvia Führer und illustriert mit 40 farbigen Bildern von Fabienne Rieger.

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:



INWO Versand
Sambach 180
96178 Pommersfelden

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!**

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

 - ☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.
 - ☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
 - ☐ Ich kann monatlich nur 2 € zahlen.
 - ☐ Ich kann monatlich nur 1 € zahlen (Bezug der Zeitschrift „FAIRCONOMY“ unter Vorbehalt). Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.
- ☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
 - ☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.
 - ☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
 - ☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl
Kosten für Verpackung & Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei	

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____

BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift